

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die flüchtigkeitslose Perzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291.

Dienstag, den 13. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Gegen die Schröpfung der werktätigen Bevölkerung Lübecks durch die geplante Gewerbesteuer wird eine am morgigen **Wittwoch, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gewerkschaftshaus** stattfindende **Volksversammlung** Stellung nehmen.

Es ist Pflicht der Einwohnerschaft, in dieser Versammlung in Massen zu erscheinen.

Hierzu eine Beilage.

Die neue Militärvorlage.

II.

Die Gesamtausgaben für das Reichsheer betragen pro Jahr in Millionen Mark:

1872	1877/78	1888/89	1895	1908	1910	1911
816	875	695	683	755	808	815

Die Gesamtausgaben für das Landesheer sind also seit 40 Jahren um 155 Prozent gewachsen.

Und die Friedenspräsenzstärke des Heeres betrug in den Jahren

1872	359 000 Mann	1900	600 516 Mann
1881	449 257	1905	609 758
1887	491 825	1910	621 253
1891	511 675	1911	626 732
1894	584 548		

So wuchs die Friedensstärke des Heeres um 75 Prozent, während die Bevölkerung nur um 50 Prozent gewachsen ist. Und dabei darf man nicht vergessen, daß seit dem Jahre 1897 die Flotte, etwa drei Milliarden Mark gekostet hat, daß auch in diesem Jahre der Marineetat um mehr als 16 Millionen gewachsen ist und 458 263 756 Mark beträgt.

Wenn nun auch die Regierung den Etat des Heeres auf fünf Jahre festlegen will, so ist damit noch nicht gesagt, daß wirklich fünf Jahre verstreichen werden, ohne daß die Regierung mit erhöhten Forderungen auftritt. In der bürgerlichen Presse wurde im vergangenen Sommer oftmals die Befürchtung ausgesprochen, daß die Regierung ihre Forderungen nur für das Jahr 1911 aufstellen werde, um später vor den neugewählten Reichstag mit einem Quinquennatsvorschlag zu treten. Sollten diese Forderungen von dem neuen Reichstag, dessen Zusammensetzung der Regierung wohl sehr unangenehm sein würde, abgelehnt werden, dann wäre der vom Herrn Heydebrand sehr fehrschuldig erwartete „Große Tag“ da: das gleiche Wahlrecht wird unter der Vorpiegelung der nationalen Gefahr geraubt. Es könnte scheinen, als ob diese Möglichkeiten durch die Einbringung des Quinquennatsgesetzes schon in diesem Reichstag abgesehen wären. Aber wer das glaubt, der vergißt die Geschichte der Militärvorlagen in den letzten Jahrzehnten. Im Jahre 1880 bekam die Regierung das zweite Septennat vom Reichstag bewilligt. Aber ehe sein Termin abgelaufen war, forderte sie ein neues Septennat mit verstärkter Präsenzstärke, wodurch es zur Auflösung des Reichstags und der Kartellwahlen im Jahre 1887 kam. Im Jahre 1890 genigte der Regierung diese Verstärkung des Militärs nicht mehr und sie forderte und erhielt ein neues Gesetz, das die Heeresstärke vermehrt und $3\frac{1}{2}$ Jahre dauern soll. Aber schon im Jahre 1892 kommt die Mehrforderung von 100 000 Mann und Capriot löst den Reichstag auf. Durch die Einbringung des Quinquennatsgesetzes schon in den heutigen Reichstag wird sich also aller Wahrscheinlichkeit nach die Regierung keinesfalls gebunden fühlen. Sie wollte nur der Sozialdemokratie bei den Wahlen ein Agitationsmittel aus der Hand schlagen.

Aber selbst wenn die Umstände der Regierung die Notwendigkeit aufzwingen würden, den Rahmen des Quinquennatsgesetzes in den nächsten fünf Jahren nicht offen zu überschreiten, haben wir denn irgendwelche Garantie, daß sie das nicht heimlich tun wird? Die Regierung fordert jetzt 112 Maschinengewehrkompanien. Im Sommer behauptete eine Militärkorrespondenz, daß schon 48 solcher Kompanien existieren, und Generalmajor v. Dittfurth behauptete in der „Deutschen Tageszeitung“, diese Zahl dürfe hinter der Wirklichkeit erheblich zurückbleiben. Auf welche Weise kam die Regierung zu diesen Maschinengewehrkompanien?

Die Kosten für das gesamte Material schrieb Generalmajor v. Dittfurth in dem schon zitierten Artikel, einschließlich der Staldbauten, Bepflanzungen, Reitpferde, Karren und sonstigen, konnten bisher aus dem in den letzten Jahren besonders reichlich bemessenen Fonds: „Versuche im Waffenwesen“ bestritten werden; das Personal an Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften mußte aber, da die Kopfstärke des Heeres

einmal gesetzlich festgelegt ist, und nicht überschritten werden darf, den Regimentern entnommen werden, bei denen die Maschinengewehrkompanien errichtet wurden.

So wirds gemacht und der hohe Herr Militär lobt sich diese Manipulation, die erlaubt, „daß eine bedeutungsvolle Neuerung in unserm Heerwesen ohne gewisses Aufsehen eingeleitet und gewissermaßen durchgeführt werden kann“. Später „etabliert“ man die Sache, das heißt, man stellt den Reichstag vor eine vollendete Tatsache. Kommt die Regierung nicht in den nächsten Jahren mit einer neuen Gesetzesvorlage, die das neue Quinquennatsgesetz in den Papierkorb wirft, dann kann man gewiß sein, daß eine ganze Reihe von jetzt zurückgestellten Forderungen auf diesem kalten Wege erfüllt wird. Es kommen in Betracht in erster Linie Maschinengewehrabteilungen, das heißt, reich mit Zug- und Reitpferden ausgestattete Maschinengewehre, die der Kavallerie einverleibt würden. Diese Forderung wird nachdrücklich von allen Militärschriftstellern aufgestellt.

Wie wir aber sehen, wird die neue Militärvorlage der sozialdemokratischen Fraktion genügend Gelegenheit geben, nicht nur zur sozialdemokratischen Kritik des Militarismus — auf die es in erster Linie ankommt — sondern auch zur Kritik vom Standpunkt der parlamentarischen Rechte und zur Beleuchtung der Ziele, die die Regierung verfolgt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Im Reichstag

wurde am Montag die Etatsdebatte fortgesetzt. Die Ausbeute des Tages stand in keinem Verhältnis zur Länge der Sitzung. Von der ersten Serie der Statredner hatten noch die Wortführer der kleinen, kleinsten und aller kleinsten Fraktionen und Fraktionen ihr Sprüchlein zu beten. Der eitle Antisemit von der Schackrichtung Lattmann bewies erhebliches Talent für scharfmacherische Redensarten. Nach dem Vorgange des Heydebrand machte er die Staatsanwaltschaft auf ihm mißfallende Preberzeugnisse aufmerksam und bewies seine deutschritterliche Gesinnung durch einen Eifersubstritt an Dernburg, den er beweihräuchert hatte, als die Gottentotenherrlichkeit noch bestand. Einen Auszug aus der Lattmannschen Block-Rede fertigte nachher Antisemit Werner von der Bruhnrichtung als eigenes Gebräu. Der Pole Graf Milzinski sprach im allgemeinen als ein nach den Strahlen der Regierungssonne sich sehrender Schlächter, wenn er auch noch nicht so weit ist, für Ausnahmegeetze zu schwärmen. Die zweite Serie der Redner begann mit einem meilenlangen Erzberger, dessen wichtiger Sprechanismus sich so ziemlich über alle Dinge unter dem Himmel verbreitete. Mit besonderer Ausführlichkeit verweilte Herr Erzberger bei der Sozialdemokratie, über die er die volle Schale seines Jornes ausgoß und bei dem verfloffenen Staatssekretär Dernburg. Der Zentrumschwabe leidet nämlich an der fixen Idee, Dernburg gestürzt zu haben. Wir haben natürlich keine Veranlassung, uns in diesen Streit edler Seelen einzumischen. Von Regierungsvertretern sprachen Ribberten-Wächter, der sich als etwas veripäterer Nachfolger Bismarcks vorstellte, Staatssekretär Lisco, der die Justiz weißzuwaschen veruchte, und der Linderauß, der ein Programm, oder wenigstens etwas, was danach aussieht, der Kolonialpolitik entwickelte.

Am Dienstag geht die Beratung weiter.

„Auf den Redaktionstisch geflogen!“

Wenn die sozialdemokratische Presse in die Lage kam, geheime amtliche Schriftstücke zu veröffentlichen, dann heute der ganze Chor der regierungstreuen Presse — und allen voran die „Deutsche Tageszeitung“ — über Vertrauensbruch und Diebstahl. Daß aber dieselbe Presse es nicht verdammt, Schriftstücke zu veröffentlichen, die ihr auf völlig einwandfreie Weise nicht zugegangen sein können, ist leicht zu beweisen an der „Deutschen Tageszeitung“ selbst. Das agrarische Blatt brachte den Entwurf eines Briefes, aus dem eine neue Taktik des Hanjabundes herausgesehen werden konnte. Der Hanjabund teilt nun

dem agrarischen Blatt mit, daß ein Rundschreiben solchen oder ähnlichen Inhalts vom Hanjabund niemals erlassen worden ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt nun, daß ihr das Schreiben tatsächlich zugegangen sei, es stehe in der Redaktion zur Verfügung und es sei allerdings möglich, daß es sich nur um einen in Maschinendruck vervielfältigten Entwurf zu einem solchen Rundschreiben handelt und daß dieser nicht zum Versand gelangte. Leider sagt aber die „Deutsche Tageszeitung“ nichts darüber, wie sie in den Besitz eines solchen Entwurfes gekommen ist und gerade das zu wissen, wäre doch sicher von einigem Interesse.

Konservative Staatsstreichelüste.

In einer Versammlung des Konservativen Vereins zu Magdeburg referierte der Vorsitzende, Justizrat Schenk über das Thema „Abwehr liberaler Angriffe“. Er nannte die Ausführungen des nationalliberalen Mg. Baffermann gegen die Reichsfinanzreform eine „frivole und ungerechte Unrempelung“. Die Reform sei gerecht und treffe den kleinen Mann bei jedem nicht in dem Maße, wie es von den linksstehenden Parteien fortwährend behauptet werde.

Als in der Diskussion der Vorschlag auf Einführung der Verhältniswahl gemacht wurde — der betreffende Redner meinte, wenn man überall konservative Kandidaten aufstellen würde, dann würde man gegenüber den drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen fünf Millionen konservative Stimmen aufbringen — bemerkte Justizrat Schenk dazu, daß „die Konservativen das jetzige Reichstagswahlrecht nur so lange dulden würden, wie das jetzige preussische Landtagswahlrecht als Gegengewicht bestehe“.

Es ist ja nichts Neues, daß die Konservativen zum Staatsstreich neigen. Wertvoll ist und bleibt es aber doch, wenn sie es offen aussprechen, dieselben Herren, die den Sozialdemokraten nicht oft genug vorwerfen können, daß sie auf einen gewaltamen Umsturz hinarbeiten.

Fort mit der Liebesgabe!

Die Produktionsziffern für den Monat Oktober, dem ersten Monat im zweiten Jahre der neuen Branntweinsteuer, zeigen wiederum das erhebende Bild: die Erzeugung betrug im Monat Oktober 1909: 138 392 Hektoliter. Diese Ziffer zeigte gegen dieselbe Zeit von 1908 schon einen starken Rückgang, im Monat Oktober 1910 hat die Produktion an Branntwein aber nur noch 120 000 Hektoliter betragen!

Der Rückgang hat also auch im neuen Steuerjahre angehalten! Daß der Schnapskonsum weiter sinkt, bis der Tribut an die Agrarier verschwindet, dafür zu sorgen, ist jedes denkenden Arbeiters Pflicht! Darum meidet den Schnaps!

Vertraut.

Die Freundschaft, die zu Bülow's Zeiten Konservative und Nationalliberale so eng umschlungen hat, scheint tatsächlich völlig in die Brüche gegangen zu sein. Wenigstens teilt die „Kreuzzeitung“ mit:

Die nationalliberalen Mitglieder des Reichstages haben z. B. alle gesellschaftlichen Beziehungen zum Grafen v. Schwerin-Löwig abgebrochen! Sie haben keine Karten bei ihm abgegeben, und die nationalliberalen Vorstandsmitglieder haben die Einladung zum Vorstandsdiner des Präsidiums abgelehnt.

Die Herren werden sich schon rechtzeitig wieder finden. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!

Das Canossa des jungen Spahn.

Die Aufnahme des Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Martin Spahn in die Zentrumsfraktion ist Freitag abend nach längeren Verhandlungen beschlossen worden. In der dazu gefaßten Resolution heißt es im wesentlichen:

Die Fraktion des Zentrums im Reichstage betrachtet die Bedenken gegen eine Aufnahme des Professors Martin Spahn für berechtigt, nachdem Professor Spahn über die von ihm noch zwölf Jahren zu dem Grafen v. Schwerin-Löwig angeknüpften Beziehungen kein Bekenntnis ausgesprochen hat, und nachdem über die beanstandeten literarischen Rundgebungen befriedigende Erklärungen von seiner Seite abgegeben worden sind.

Die staatsgefährliche Trikolore.

Die reichsländische Regierung hat die Verwendung der französischen Trikolore bei Theateraufführungen verboten, weil das Erscheinen des französischen Abzeichens auf der Bühne jüngst in einem Theater Beifall ausgelöst hat, an dem sich namentlich die reichsländischen Landesausschussmitglieder Blumenthal und Kübler besonders demonstrativ beteiligt haben sollen.

„Das bißchen Moabit“ — dementiert.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ teilt mit: Nach Mitteilung eines süddeutschen Blattes sollte der Reichskanzler in einem Privatgespräch einen Hinweis auf das Bedenkliche der Moabiter Ausschreitungen mit der Bemerkung „Das bißchen Moabit“ abgelesen haben. Obgleich schon hinreichend aus der Rede, die der Reichskanzler am Sonnabend gehalten hat, hervorgeht, mit welchem Ernst er diese Vorgänge betrachtet, so möchten wir doch noch hervorheben, daß gutem Vernehmen nach jene Nachricht völlig un wahr ist.

Abg. Bruhn unter dem Schutz der Polizei.

Der Besitzer der „Wahrheit“, der antisemitische Reichstagsabgeordnete Bruhn, den seine Freunde als Kandidaten wieder aufgestellt haben, sprach am Sonntag in einer von antisemitischer Seite nach Wolbenberg (Neumark) einberufenen Volksversammlung. Besser gesagt: Bruhn wollte dort sprechen. Es kam aber nicht dazu, denn wie man dem „Berliner Tageblatt“ mitteilt, kam es zu einem furchtbaren Tumult; man drang mit Stöcken auf Bruhn ein und wollte ihn von der Rednertribüne herunterziehen; schließlich mußte er sich unter den Schutz der Polizei stellen.

Wilhelm II. bei den Agrariern.

Die „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft“ hatte aus Anlaß ihres 25jährigen Bestehens einen Festakt veranstaltet, der am Montag im preußischen Abgeordnetenhaus stattfand. Die Räume des Sankt-Parlaments waren in der Tat der gegebene Ort für eine solche Veranstaltung. Die Minister und die anderen Regierungsleute waren in großer Zahl erschienen, an ihrer Spitze der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der höchst erfreulicherweise wenigstens hier nicht durch ein Jagdvergnügen abgelenkt war. Auch Wilhelm II. war erschienen, und nachdem ihn die versammelten Agrarier stürmisch begrüßt hatten, verlas er eine Rede, die daran erinnerte, daß er schon nach Antritt seiner Regierung das Protektorat über die Gesellschaft übernommen habe. Seine Teilnahme an dem Fest möge als der Ausdruck seines kaiserlichen Dankes und der Anerkennung des Wirkens und Schaffens der Landwirtschaftsgesellschaft betrachtet werden. Die Vorlesung des Kaisers schloß:

„Möge es sich die Gesellschaft stets angelegen sein lassen, die Liebe zur heimischen Scholle zu pflegen und ihren Mitgliedern das Gefühl der Berufstreue und der Verbundenheit zu stärken, damit die landwirtschaftstreibende Bevölkerung sich stets als besonders verlässliche Stütze des deutschen Volkes bewähre zum Nutzen und Frommen des gesamten Vaterlandes.“

Eine Stütze des deutschen Volkes sind die Agrarier bisher gerade nicht gewesen und werden es auch künftig nicht sein. Sie haben das bisher von sich selbst auch noch gar nicht behauptet, sondern immer nur betont, daß sie eine Stütze des Throns sein wollen. Eine Stütze des Volkes können sie schon um deswillen nicht sein, weil das Volk unter dem Druck der landwirtschaftlichen Fülle schwer zu leiden hat und ob die Agrarier sich in der Rolle der „Triarier Seiner Majestät“ gefallen, das hängt ganz von der Höhe der Getreide- und Viehzölle ab.

Prinz Löwenstein.

aus dessen Stallungen leuchtende Schweine nach dem Heidelberger Schlachthof verkauft wurden, lacht in einer Berichtigung, die er der „Mannheimer Volksstimme“ sandte, jede Schuld von sich abzuwälzen. In der „Berichtigung“ wird aber zugegeben, einmal, daß die Seuche so stark herrschte, daß 189 Schweine der Abdeckerei überwiesen werden mußten und weiter wird zugegeben, daß 30 Stück aus diesem versuchten Stalle zum Verkauf für Schlachtzwecke gebracht wurden, was also berichtigt werden sollte, ist in allen Punkten ausdrücklich bestätigt worden.

Agrarische Fieberphantasien.

Mit der Ablehnung des Reichskanzlers, gegen die Sozialdemokratie schon jetzt den Weg der Ausnahmegesetzgebung zu beschreiten, ist die „Deutsche Tageszeitung“ sehr wenig zufrieden. Sie phantasiert:

Die Sozialdemokratie ist keine gleichberechtigte Partei. Sie steht außerhalb der Verfassung, weil sie zugeständenermaßen die Grundlage der Verfassung heftigen oder unterwühlen will. Preußen ist ein monarchischer Staat. Die preussische Verfassung ruht auf dem Grunde des Königtums. Da der preussische König als solcher Deutscher Kaiser ist, ist auch die deutsche Verfassung in der Monarchie begründet. Wer das nicht anerkennt, wer sich offen zur Republik bekennt, wer kein Hehl daraus macht, daß die Vereitelung der Monarchie sein Ziel ist, der stellt sich selbst außerhalb der Verfassung. Wenn daraus alle Konsequenzen rückwärts gezogen würden, so wäre ein besonderes Gesetz nicht nötig.

Die sich aus dieser Auffassung ergebenden Konsequenzen deutet das Parteiblatt freilich nicht einmal an, aber vor nicht so langer Zeit ist ja einmal der Vorschlag gemacht worden — und zwar aus derselben Auffassung heraus — daß man die sozialdemokratischen Stimmen, als gegen den Bestand des Staates gerichtet, einfach für ungültig erklären müßte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist davon überzeugt, daß die gegenwärtigen Gesetze zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht ausreichen, weshalb sie am Schlusse des parlamentarischen Artikels sagt:

„In der Reichskanzler davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie ihre revolutionäre Gesinnung mit immer stärkerer Deutlichkeit zum Ausdruck bringt, daß sie mit der Schwere trägt an dem blutigen Aufzuge von Moabit und anderwärts, dass sich er dafür sorgen müssen, daß die revolutionäre Bewegung mit allen Mitteln niedergedrückt und der magischen gefährlichen Verwirrung endlich gestemmt wird. Ob dieses doppelte Ziel ohne Au-

berung der Gesetzgebung erreicht wird und erreicht werden kann, das wird die Zukunft lehren. Soffentlich haben wir kein zu hohes Verlangen zu haben.“

Das Ziel der Agrarier ist klar vorgezeichnet: — Rnebelung und Entrechtung der Arbeiterklasse — nur so besteht die Aussicht, daß es den Junkern und ihren Helfershelfern gelingt, eine Erhöhung der Lebensmittelzölle im nächsten Reichstag durchzudrücken.

Fleischnot-Konferenz in Sachsen.

Die sächsische Regierung hat die bereits angekündigte Konferenz zur Bekämpfung der Fleischnot auf den 17. Dezember nach Dresden berufen. In der Konferenz nehmen auch die Bürgermeister der größeren Städte teil.

Sachsen gegen ein autändiges Wahlrecht für Elsaß-Lothringen.

Die „Köln. Zeitung“ läßt sich berichten: „Die Elsaß-Lothringische Verfassungs- und Wahlrechtsreform, die am Montag, 12. Dezember, von den Ausschüssen im Bundesrat und am Donnerstag, 15. Dezember, von dessen Plenum beraten werden soll, schlen bisher bei keiner bundesstaatlichen Regierung erhebliche Einwendungen hervorgerufen zu haben. Denn bis vor zwei Tagen waren noch keinerlei Abänderungsanträge im Bundesrat eingebracht worden. Von Sachsen hörte man allerdings, daß es von der Einführung eines demokratischen Wahlrechts in Elsaß-Lothringen ungünstige Rückwirkung auf die Stimmung der sächsischen Wählerschaft befürchte, so daß sie etwa Anspruch erheben könnte, ein nicht minder freies Wahlrecht zu erhalten. Diese Befürchtungen haben sich nun in letzter Stunde noch zu Entschärfungen verdichtet, in denen Sachsen eine Einschränkung der in der Vorlage vorgesehenen Wahlrechtsreform vorschlägt. Man nimmt an, daß die Ausschüsse im Bundesrat insofern zwei Tage zur Beratung der Vorlage brauchen werden, daß die Anträge Sachsens aber abgelehnt werden.“

Aus einem süddeutschen „Musterstaat“.

Im heftigen Landtage führen unsere Genossen gegenwärtig einen harten Kampf um die gesetzliche Verbesserung der kommunalen Selbstverwaltung. Nach fast zehnjährigen „Vorbereitungen“ ist jetzt endlich eine Vorlage an das Plenum der zweiten Kammer gelangt, eine Revision der heftigen Städteordnung betreffend. Leider beschränken sich die vorgeschlagenen Änderungen nur auf ganz geringfügige Verbesserungen des bisherigen Zustandes, während eine Reihe reaktionärer Bestimmungen erhalten bleiben sollen. Dahin gehört vor allem das Recht der Regierung, die gewählten Bürgermeister und Beigeordneten (Stadträte) zu bestätigen. Für die größeren Städte Hessens übte dies Recht bisher der Großherzog selbst aus. Als er im Jahre 1906 den Sozialdemokraten Eisner in Offenbach als unbesoldeten Beigeordneten bestätigte, arrangierten die heftigen Nationalliberalen, Klerikalen und antisemitischen Bauernbündler einen „Sturm der Entrüstung“ und setzten der Regierung im Landtage dar, daß zwei Minister dem Großherzoge ihre Demission anboten. Der Landesherzog unterwarf sich dann dem Willen der schwarz-blauen Mehrheit, und seitdem wird weder vom Großherzog, von den Kreisregierungen, noch vom Ministerium ein sozialdemokratischer Bürgermeister und Beigeordneter bestätigt.

Entsprechend diesem Verhalten ist denn auch im jetzigen Entwurf der heftigen Städteordnung das Bestätigungsrecht der Regierung beibehalten worden. Unsere Redner forderten die Vereitelung dieser Maßnahme und geißelten im Landtage mit den schärfsten Worten die bisherige Nichtbestätigung unbesoldeter Gemeindebeamter lediglich deshalb, weil sie Sozialdemokraten sind, als Rechtsbruch und gräßliche Verletzung der heftigen Verfassung. Genosse Ulrich wurde für seine rücksichtslose Kritik vom Präsidenten wiederholt zur Ordnung gerufen. Ein Zentrumsredner verteidigte die Herabwürdigung der Verfassung zum Zwecke der Schädigung einer mißliebigen politischen Partei mit der Erklärung, die Sozialdemokraten seien Republikaner, weshalb die Nichtbestätigung von sozialdemokratischen Beigeordneten zum Schutze der Monarchie notwendig wäre. Der Minister des Innern, Herr v. Homberg, erklärte ebenfalls, das Bestätigungsrecht müsse der Regierung zum Schutze des Staates bleiben und so lange er auf diesem Plage stehe, werde es bei der bisherigen Praxis bleiben. Die Regierung sei zur Hüterin der Ordnung bestellt und insofern gebe er zu, daß die Regierung die Geschäfte der staatsbehaltenden Parteien führe! — Als Genosse Ulrich in Konsequenz dieser offenen Erklärung des Ministers diesen den „Kommiss der besitzenden Klassen“ nannte, wurde er vom Präsidenten wieder zur Ordnung gerufen. Das Zugeständnis des Ministers, daß die Regierung die Geschäftsführerin der „staatsbehaltenden“ Parteien ist, wird den Herren noch manchmal unangenehm in die Ohren klingen.

Bei der Abstimmung über den ersten Paragraphen der Städteordnung waren so wenige Nationalliberalen und Zentrumsleute in der Kammer anwesend, daß sich nach einem von sozialdemokratischer Seite ausgesprochenen Zweifel an der Beschlussfähigkeit des Hauses dieses vertragen mußte.

Herbien.

Eine feine Familie. Über eine neue Skandalaffäre am kaiserlichen Hofe veröffentlichten Belgrader Blätter folgende Einzelheiten: Prinz Georg wurde zu seinem Vater gerufen, der ihm wieder einmal nahelegte, Belgrad zu verlassen, um einerseits seine militärische Ausbildung zu vollenden und andererseits zu der Beruhigung des Landes beizutragen. Er sei dies seinem Bruder, dem Thronfolger, schuldig. Darauf antwortete Prinz Georg in erregtem Tone, daß er unter keinerlei Umständen und um keinen Preis aus der Hauptstadt sich verdrängen lasse. Er habe eine genügend zahlreiche Anhängerschaft sowohl im Offizierskorps als auch bei der Bevölkerung hinter sich, mit deren Hilfe er imstande sein würde, sein Thronfolgerrecht, das ihm durch alle möglichen Ränke und Künste entwandten worden sei, wieder zurückzuerobern. Als der König dann eine Bemerkung machen wollte, brach Prinz Georg in folgende Worte aus: „Ja, wenn es sein muß, dann werde

ich mich nicht nur gegen meinen Bruder Alexander, sondern auch gegen den König erheben!“ Er schrie diese Drohung mit so lauter Stimme heraus, daß sie im Vorzimmer deutlich verstanden wurde und den ersten Adjutanten des Königs veranlaßte, die Türe aufzureißen, um seinem Herrn zu Hilfe zu kommen. Aber in diesem Augenblicke hatte auch schon der König seinem ältesten Sohne eine schallende Ohrfeige versetzt, worauf dieser den Säbel aus der Scheide riß und mit gezückter Klinge auf seinen Vater einbrach. Doch der Adjutant umschlang den Prinzen von rückwärts und entwand ihm die Waffe. Am Abend war dann Prinz Georg im Offizierskasino, wo er, umringt von seinen Anhängern, die ihm kräftig zjubelten, eine wahre Brandrede gegen König Peter und den Thronfolger hielt.

Großbritannien.

Die englischen Wahlen. Bis gestern 1 1/2 Uhr nachmittags waren gewählt: 186 Liberale, 226 Unionisten, 32 Vertreter der Arbeiterpartei, 57 Anhänger Redmonds und 6 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewannen 18, die Unionisten 21 und die Arbeiterpartei 4 Siege.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 18. Dezember.

Die Bürgerschaft hielt gestern eine Sitzung ab, deren unheimliche Länge in ungekehrtem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit stand. Nur drei Senatsanträge wurden erledigt. Der Wortführer gab vor Eintritt in die Tagesordnung u. a. bekannt, daß ihm eine Eingabe von verschiedenen Beamtenvereinen zugegangen sei, in welcher diese die Bürgerschaft bitten, an den Senat das Ersuchen zu richten, daß den Beamten nach Verabschiedung des Beamtenbesoldungsbeschlusses eine Abschlagszahlung auf das erhobte Gehalt geleistet werde. Begründet wird diese Forderung damit, daß die lübeckischen Beamten infolge der Teuerung in eine derartige Notlage geraten sind, daß nur schnelle Hilfe sie vor dem Ruin bewahren kann. Wir sind gewiß die ersten, die den unteren und mittleren Beamten eine Gehaltserhöhung gönnen und in der Bürgerschaft auch dafür eintreten werden. Dennoch scheint uns das eine sehr starke Übertreibung zu sein, wenn davon geredet wird, die Beamten, die doch feste, periodisch steigende Bezüge haben, ständen vor dem Ruin. Viel mehr noch als die Beamten leiden die Arbeiter unter den teuren Verhältnissen. Ihr Lohn erhöht sich nicht automatisch; und dazu kommt noch für viele eine Zeit der Arbeitslosigkeit, in der jeder Verdienst fortfällt. Wenn aber in der Bürgerschaft eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter von uns gefordert würde, dann haben die Vertreter der weit besser gestellten Beamten, die jetzt so schreien, sich gewöhnlich abzulehnen verhalten. Und als i. Zt. die Arbeitslosigkeit so sehr groß war, da bewilligte man für die vielen Notleidenden ganze 6000 Mk. Bewilligt man jetzt den Beamten die gewiß notwendigen Gehaltserhöhungen, so soll man darüber aber ja nicht die Arbeiter vergessen.

Als erster Senatsantrag gelangte die Vorlage auf Errichtung einer Wertverwertungsanstalt zur Erörterung, für welche der Staat den Grund und Boden sowie 100.000 Mk. als Darlehen hergeben will. Darüber sind sich alle Leute einig, auch innerhalb der Bürgerschaft, daß die gegenwärtigen Zustände in der heftigen Fronerei völlig unhaltbar sind und daß deshalb die Abhilfe, die der Senatsantrag bringt, dringend notwendig ist. In der langen, an Wiederholungen reichen Debatte äußerten nur die Vertreter des Landgebietes Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit des Projekts für die ländlichen Viehhalter. Schließlich wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen.

An eine sozialisteneine Kommission verwiesen wurde der Senatsantrag betreffend Verkauf von Staatsareal an den Unternehmer Lortz. Die lübeckischen Erfahrungen haben sogar manche erstklassigen Bürgerchaftsmitglieder klug gemacht. Eine sehr ausgiebige Debatte zeitigte der Senatsantrag auf Anstellung eines Vadekommisars im Travemünde. Mit triftigen Gründen und heftiger Fronte bekämpften von bürgerlicher Seite die Herren A. Wape und Schiemann die Senatsvorlage. Unser Genosse Löwig hob hervor, daß man hier für einen nicht notwendigen Beamten dauernde Ausgaben bewilligen solle, während man für den von unserer Seite wiederholt geforderten Gewerbespektor im Hauptamt kein Geld übrig habe. Die Aufgaben, welche man dem Vadekommisars zuweisen wollte, könnte eine einheitliche Verwaltung Travemündes, die jetzt fehle, viel besser erfüllen.

Ganz entschieden bekämpfte unser Redner die seltsamerweise vom Vorsitzenden des Naturheilvereins Herrn Güntau angeregte Verteuerung der Seebäder, die vom Senat sofort ein verständnisvolles Kopfnicken hervorgerufen hätte. Die Anhänger der Anstellung eines Vadekommisars behielten durchweg ihre Gründe, sofern sie solche hatten, für sich und stimmten dem Senatsantrage zu, der gegen eine sehr starke Minderheit angenommen wurde.

Kurz nach 11 Uhr wurde die Versammlung auf kommenden Montag vertagt.

Hinterbliebenenversorgung für die Mitglieder des Senates. Der Wortführer der Bürgerschaft teilte gestern Abend am Schlusse der Sitzung mit, daß ihm ein von Dr. Bötz und 72 Genossen unterzeichneter Antrag zugegangen sei, in dem die Bürgerschaft den Senat ersucht, ihr eine gleich beigedruckte Vorlage betr. eine Senatorenhinterbliebenenversicherung als Antrag entgegenzubringen. Anscheinend handelt es sich hier um befehlte Arbeit. Wenn man auch eine Hinterbliebenenversicherung für die Senatsmitglieder als nicht ganz unbedeutend ansehen kann, so scheint uns der Umweg, der zur Erreichung dieses Zieles eingeschlagen wird, weder angebracht noch richtig zu sein. Hält der Senat selbst ein Senatorenhinterbliebenengesetz für notwendig, so müßte er konsequenterweise auch selbst an die Bürgerschaft mit einer entsprechenden Vorlage herantreten. Jetzt bekommt die Sache einen gewissen komödiantischen Beigeschmack.

Reiselegung für die Jahre 1911 und 1912. Wortführer im Senate, Bürgermeister Eichenburg, Kommissar für die Verhandlungen mit der Bürgerschaft und dem Bürgerausschusse, Senator Dr. Fehling, Staatsarchiv, Senator Dr. Eichenburg, Kommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Bürgermeister Eichenburg, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Fehling, Justizkommission, Senator Dr. Fehling, Vorsitzender, Senator Dr. Stooß, Senator Dr. Neumann, Kommissar für Angelegenheiten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Senator Dr. Fehling, Disziplinardhof für Beamte, Senator Dr. Stooß, Vorsitzender, Senator Dr. Eichenburg, Senator Dr. Neumann,

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 12. Dezember 1910.

99. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Der Reichskanzler und die Staatssekretäre.

Erste Lesung des Etats.

(Dritter Tag.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco: Der Abgeordnete Scheidemann hat behauptet, daß gegen den Frankfurter Stadtverordneten Wendel auf Grund der Rede des Herrn Hegdebrand vom 26. Oktober, die er eine Denunziation nannte, vorgegangen sei. Ich stelle demgegenüber fest, daß die Staatsanwaltschaft in Frankfurt sich bereits Mitte Oktober mit der Angelegenheit befaßte. Die Beschlagnahme der Broschüre hat sich verzögert, weil sich auch der Oberreichsanwalt mit der Sache befaßte. Die Justizbehörde ist sich ihrer Pflicht durchaus bewußt und durchaus nicht abhängig von Anregungen aus diesem Hause. (Bravo! rechts. Na, na! bet den Soz.)

Vatmann (Wg.): Der Kanzler ist von keiner Partei abhängig. Der schwarz-blaue Block ist nur ein Phantasiegebilde für ängstliche evangelische Gemüter. Das Zentrum mußte zur Reichsfinanzreform herangezogen werden, weil der Freisinn versagte. Eine Reichserbschaftsteuer gibt es schon und die Konservativen haben sich nur gegen die Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten gewandt. (Sehr richtig! rechts.) Ihren Sieg in Ladtau-Wehlau haben die Liberalen durch Lügen erkauft. (Lachen links.) Als der Liberale die Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus hatte, hat er nichts zur Abänderung des Wahlsystems getan. Zur Veräußerung des Tempelhofer Feldes hat der Reichstag bereits in der vorigen Session seine Genehmigung gegeben. — Der sozialdemokratische Redner hat diesmal nicht vom Zusammenhang der Verpflanzungskosten des Heeres mit unserer Wirtschaftspolitik gesprochen. (Abg. Scheidemann (SD.): Wir sind keine Wiederkäufer wie Sie! — Sehr gut! b. d. Soz.; Urruhe rechts.)

Vizepräsident Schulz rüft den Abg. Scheidemann wegen dieses Zwischenrufes zur Ordnung.

Vatmann (fortfahrend): Herr Scheidemann hat vorgestern eine wahre Schindangerede gehalten. (Vizepräsident Schulz rüft diesen Ausdruck.) Der Redner wendet sich gegen die Abrüstungsvorschläge und freut sich über den Rücktritt Dernburgs, der den Reichstag und die öffentliche Meinung getäuscht habe. — Bedauerlicherweise hat der badische Minister von Bodmann die Sozialdemokratie eine Kulturbewegung genannt. Die Arbeiterbewegung ist allerdings eine Kulturbewegung, aber die Sozialdemokratie ist kultur- und volksfeindlich. (Bravo! rechts.) Der Reichskanzler hat erfreulich frische Töne gegen sie gefunden. (Lebedour: Doch ein Bewunderer!) Der Reichskanzler würde mich leid tun, den Herr Lebedour bewundert. (Bravo! rechts.) Die freie Studentenschaft in Leipzig hat in einer öffentlichen Versammlung den Sozialdemokraten Bernstein reden lassen und die Versammlung ist sodann zu einer antimonarchischen Demonstration ausgeartet. Meist waren es allerdings russische Juden. Gegen das Überwuchern der Ausländer an deutschen Universitäten muß eingeschritten werden. (Bravo! rechts.) Mit Recht hat der Reichskanzler sich für schärfere Handhabung der bestehenden Gesetze ausgesprochen. Der Simplizismus und ähnliche Blätter schlagen den religiösen und sittlichen Gefühlen des Volkes ins Gesicht. (Bravo! rechts, lachen links.)

Staatssekretär des Auswärtigen von Riberlen: W ä h t e r geht auf die Mannesmann-Affäre ein und spricht den Wunsch aus, daß die Gebrüder Mannesmann sich mit den anderen Interessenten einigen. Über den Geschäftsgang im Auswärtigen-Amt habe ich mich schon vor zwei Jahren geäußert. Besonders beglückwünschte Aufschüsse haben damals meine Worte nicht gefunden. (Große Heiterkeit.) Ich kann aber nur erneut versichern, daß in sämtlichen Büros des Amtes, auch in den unteren, mit Fleiß, Gewissenhaftigkeit, Treue und

auch Erfolg gearbeitet wird. Einzelnes mag reformbedürftig sein; aber an der Organisation im Ganzen läßt sich nicht rütteln, diese stammt aus der großen Zeit des Fürsten Bismarck. Das Auswärtige Amt braucht Vertrauen, deshalb bitte ich Sie, Wünsche und Beschwerden nicht hier im Plenum, sondern in der Kommission vorzubringen; dort werde ich mich immer gern offen darüber aussprechen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindequist: Es geht vorwärts in allen Kolonien. In Südmotafrika ist die Entwicklung nicht so stetig; aber in bezug auf die Einnahmen marschiert diese Kolonie infolge der Diamantensuche an der Spitze. An ein Aufgeben der Kolonie denkt heute kein ernsthafter Politiker mehr. Dank dem ersten Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dernburg, der mit dem Zentrum aufgeräumt hat, daß unsere Kolonien nichts wert seien (Bravo b. d. Liberalen), ist die koloniale Laubbildung geschwunden. Gegenüber dem großen Verdienst meines Vorgängers treten die Dinge zurück, über die Differenzen bestehen. (Bravo b. d. Liberalen.) Ich erinnere an sein großzügiges Bahnbauprogramm und an die Interessierung des Kapitals für die Kolonien. Die Gesamtentlastung des Reiches infolge der Entwicklung der Kolonien in den letzten Jahren beträgt 22 Millionen. Gegenüber größeren Projekten wird die Regierung Zurückhaltung üben, bis die finanziellen Ergebnisse der neuen Eisenbahnen vorliegen. Bisher sind die Erwartungen übertroffen. Der Mikoholomum ist in Südmotafrika, Logo und Neu-Guinea zurückgegangen. Für die Landwirtschaft, sowohl der Farmer wie der Eingeborenen, soll ein einheitliches Bezugswesen eingerichtet werden. Dem Baumwoll- und dem Tabakbau wird besondere Sorgfalt zugewandt. Wir können die Eingeborenen nur christianisieren und kultivieren, wenn wir ihnen die Arbeit lohnend machen. Wir müssen die Eingeborenen menschlich und gerecht behandeln, aber über große Milde und Weichheit wird als Schwäche ausgelegt. Das Motto bei der Behandlung der Eingeborenen muß sein

Gerecht und wohlwollend, aber fest.

Mit den Missionsgesellschaften werden die freundschaftlichsten Beziehungen unterhalten. Mit der Ausdehnung der Selbstverwaltung müssen wir überaus vorsichtig sein. Neben der erfreulichen Beteiligung des Kapitals brauchen wir ganz besonders auch tüchtige und selbständige Einzelarbeiter, die in den Siedlungskolonien das Rückgrat bilden müssen. Ich erstrebe die Verminderung der Reichszuschüsse, aber ich bitte mich nicht zu sehr zu drängen. Bei der Verteuerung der Eingeborenen müssen wir vorsichtig sein, um nicht durch zu hohe Steuern einen Aufstand herbeizuführen. Die Zuschüsse müssen als Kapitalanlage betrachtet werden, die mit der Zeit Früchte tragen wird und bereits Früchte zu tragen beginnt. (Bravo! rechts.)

Graf von Rudzewo-Mielzynski (Polen): Wir Polen sind wohl in einzelnen Steuerfragen mit Konservativen und Zentrum gegangen, haben uns aber keineswegs dem sogenannten schwarz-blauen Block auf Leben und Tod verschrieben. — Die Freimüthigen haben während der Wollblockperiode an wackerer harätischer Gesinnung mitgearbeitet (Sehr richtig! b. d. Pol. u. Soz.) und die Nationalliberalen sind auch noch heute für jede polenfeindliche Maßnahme zu haben. Das Zentrum dagegen hat niemals Ausnahmegelegenheiten gegen uns zugestimmt. Wir Polen werden niemals einem Ausnahmegeetze zustimmen, denn wir wissen, daß Ausnahmegeetze eine sittliche Verwüstung herbeiführen. Das Vertrauen auf die Unparteilichkeit der Rechtspflege ist in weiten Kreisen geschwunden. Man stelle diesen Mißstand ab und wir sind gern bereit zur positiven Arbeit. (Beifall b. d. Polen.)

Werner (Ant.): Wenn alle Sozialdemokraten so in der Welt herumreisen würden wie Herr Liebnicht, so würden sie wie dieser befehrt werden und einsehen, daß es in Deutschland doch nicht so schlimm ist. — Die Reichsfinanzreform ist ein großes Werk. (Lachen links.) — Herr Dernburg hat viel für die Großbanken getan, aber nichts für das deutsche Volk. Zu begrüßen ist die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Arbeitswilligen besser geschäftet wer-

den sollen. Die Veteranenbeihilfe muß mit rückwirkender Kraft erhöht werden. Die soziale Fürsorge muß ausgedehnt werden auf die Einkommen bis 3000 Mark.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Visco weist den Vorwurf des Abg. Grafen Mielzynski zurück, daß die Gerichte in den polnischen Provinzen nicht objektiv urteilen.

Erzberger (Z.): Wir sind voll einverstanden mit der Sparpolitik des Staatssekretärs Bermuth. Seine Ausführungen haben bewiesen, daß die Reichsfinanzreform ihren Zweck erreicht hat, die Finanzen des Reiches zu gesunden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Vorschläge der Nationalliberalen damals sozialer waren, als die beschlossenen Steuern. Bier und Tabak wollten die Nationalliberalen viel höher besteuern. 400 Millionen indirekter Steuern wollten die Herren bewilligen und uns machen sie einen Vorwurf daraus, daß wir 310 Millionen indirekte Steuern bewilligt haben. Dabel wären bei der Verwirklichung des Brannweinmonopols, das die Nationalliberalen wollten, 25 000 neue Beamte nötig gewesen. Die Nationalliberalen drängen schon wieder geradezu auf neue Steuern hin. Hand doch Herr Wassermann die neue Militärvorlage noch zu niedrig. Die Nationalliberalen rechnen offenbar so: Kommt eine Erhöhung der Militärvorlage, so wird die Ausdehnung der Erbschaftsteuer notwendig und dann sind wir, die beides bewilligen wollen, Pahn im Korbe. (Heiterkeit.) Niemand darf behaupten, daß bei Annahme der Erbschaftsteuer eine der indirekten Steuern überflüssig geworden wäre. (Lebh. Widerspruch links.) Es wäre lediglich eine Verschiebung in den Besitzsteuern möglich gewesen. (Sehr richtig! im Zentr.) Auch die Freimüthigen wollten dem Besitz nie mehr als 100 Millionen auferlegen. Die ganze Agitation der Linken gegen die Finanzreform ehnet nur den Weg der Sozialdemokratie. Aber auch die Sozialdemokratie hat keinen Grund zu Angriffen gegen die Finanzreform, wie Sie in der dritten Lesung der Erbschaftsteuer gestimmt hätten, wissen Sie selbst nicht. (Sehr gut! i. Z.) Und die Börsensteuern haben Sie seit 1869 abgelehnt. In einer Berliner Versammlung hat denn auch ein Genosse gesagt, das sei deshalb erfolgt, weil die Fraktion unter dem Einfluß des Börsenberichterstatters der Frankfurter Zeitung steht. (Abg. David (Soz.) ruft: Ein Anarchist sagte das. Sie glauben es doch selbst nicht.) O, es war ein wackere Genosse. (Stk. i. Z.) Die Reichsfinanzreform hat auf Handel und Industrie nicht verheerend gewirkt, die Banken verzeichnen größere Gewinne, die Ausfuhr ist gestiegen, die Eisenbahnen haben größere Einnahmen. Die Tabaksteuer hat bei ihrer Durchführung große Arbeitslosigkeit im Gefolge gehabt, aber das bessere sich von Tag zu Tag. Auch der Etat zeigt die günstigen Einwirkungen der Finanzreform. Seit Jahrzehnten ist kein so günstiger Etat vorgelegt. Das Anleihebedürfnis ist erheblich zurückgegangen. Hoffentlich haben wir in einigen Jahren überhaupt kein Anleihebedürfnis mehr; freilich dürfen im außerordentlichen Etat dann nur Ausgaben für merkwürdige Anlagen stehen. Herr Scheidemann nennt ungenügend einen Etat für Unkultur. Er darf aber doch nicht vergessen, daß die Einzelstaaten für Kultur mehr ausgeben, als das Reich für Heer und Flotte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bei uns zahlen die minderbemittelten Kreise weniger an indirekten Steuern als in Frankreich und England, namentlich auch für Heer und Flotte weniger pro Kopf der Bevölkerung als in England und Frankreich, wo ja die Sozialdemokratie mehr Einfluß hat als hier, wo man bekanntlich Sozialdemokrat gewesen sein muß, wenn man Ministerpräsident werden will. (Abg. Lebedour: Ein heruntergekommener Sozialdemokrat!) Ich will nicht die böshafte Frage stellen, wie viele Briand's bei unserer Sozialdemokratie wären, wenn Sie hier (auf die Ministerbänke zeigend) Platz nehmen könnten. (Sehr gut! im Zentrum.) Auch von Kirchenpolitik ist hier gesprochen. Das überschreitet die Kompetenz des Reichstages. Wie wenig die Herren Wassermann und Wiemer, die über Modernität und Enzykliken gesprochen haben, davon verstehen, beweist der Umstand, daß sie die Enzyklika Pascendi von 1907 mit der Borrömischen Enzyklika von 1910 verwechselt haben. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Herr Scheidemann sprach über Portugal und die Jesuiten. Die

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(14. Fortsetzung.)

Die Pastorin war eine kleine, unbedeutend aussehende Dame. Eine falsche Haartrave deckte die Stirn fast bis zur Nasenwurzel, und eine Haube mit bunten Bändern und ein farbenreiches Kleid machten sie zu einer komisch aussehenden Figur. Sophie war heute noch hübscher als am Tage zuvor. Sie war im weißen Kleide und trug im Haar einen leichten Kranz von blauen Blumen und Immergrün. Sie trat auf unsern Freund zu, reichte ihm die Hand und sagte: Willkommen in Waddorf, Herr von Plümeran. Steht Ihr gestriges Brückenwerk im Wege noch? Sind Sie denn gut zu unserm abgelegenen Dörfchen hergefunden?

Auguste ist noch in der Küche beschäftigt, aber sie wird auch bald kommen, bemerkte der Pastor.

Wir könnten bis Mittag eine kleine Partie machen, nicht wahr, Mann? Herr von Plümeran spielt gewiß und mit Sophie geht es ja auch einigermaßen, sagte die Pastorin und fargerte an einem Spieltisch herum.

Ich kann ja nicht spielen, Mama! Nein, mit Herrn von Plümeran spiele ich gewiß nicht! rief Sophie.

Und ich muß gänzlich danken; ich kenne nicht einmal Karten, erwiderte der Jüngling.

Kennen keine Karten? Da dürften Sie eigentlich gar nicht in Mecklenburg hineingelassen werden! sagte die Pastorin, und man merkte ihr an, daß die gute Meinung, welche sie von unserm Freunde gefaßt haben mochte, gewaltigen Abbruch litt.

Eugen hatte gerade ein Gespräch mit Sophie begonnen, und die Pastorin ging verächtlich noch mit den Karten herum, als Herr von Mierendorf eintrat.

Ich beglücke Sie, meine Herren und Damen! Schon fertig mit der Arbeit dieser Woche, Herr Pastor? Das heiße ich mir: mein täglich Brot im Schweiße des Angesichts gewinnen. — Frau Pastorin, darf ich Ihnen einige Malabonsbons für den Duffen anbieten? Ich sage Ihnen, die Dinger sind probat. — Morbleu! Fräulein Sophiechen! Sie sind ja geschmückt und schön wie die Mutter Gottes in dem Dom zu Rönin. — Ihr Diener, Herr von Plümeran! Ihr Diener! Was macht die gnädige Lante? Hat sie auch Rückenmerzen? Wo waren Sie denn gestern abend? — Aber Frau Pastorin, selbst am Sonntag morgen ruhen die

Werkzeuge des Satans in Ihrem Hause nicht? Wie ist's möglich! Wie kanns angehen! Legen Sie doch die alten Karten beiseite, Frau! — Mich soll der Teufel holen, wenn ich heute eine antühre!

„Na!“ sagte die Pastorin, „Sie werden doch keine Dummeheiten aufführen wollen, Herr von Mierendorf? Weshalb wollen Sie denn nicht spielen? Wer A gesagt hat, muß auch B sagen. Ihr Geld kann ja doch unmöglich schon alle geworden sein? Wir haben heute erst den Fünften. Wo sind Sie mit Ihren vierzig Talern Taschengeld geblieben?“

„Wo ich mit dem Gelde geblieben bin?“ rief der Baron lachend, „wo ich damit geblieben bin? Alles zu guten Werken verwandt! Alles, bis auf eine Dumperet, für gute Werke in die Wägen gegangen. Was ist übrigens Geld? Ein plattes, flaches und kaltes Ding; also ein etwas, das zum Umgange geistreicher Menschen nicht taugt. Soll ich übrigens speziell sein?“

Vier Taler für gewisse wohltätige Zwecke verbraucht. Für Brod, Bunsch, Wein, Bier haben die Kringselkräuter, Herr Säbelschwerd in Mansberg und andere christliche Gastgeber und Karawanenerei-Inhaber neun Taler und sechs Schilling gelöst. Fünf Taler hat mir dieser Knecht Gottes am Ersten im Boston abgenommen und der Einfaltspinsel, der Klönhammel, gleichfalls fünf. Im Whist habe ich drei Taler verloren und im Blauet und Ecarte an Onkel Reif vier und einen halben. Sieben Taler habe ich dem Schuster auf vorjährige Rechnung abbezahlt, habe mir jedoch sofort wieder zehn von ihm geliehen. — Doch diese Rechnererei wird langweilig. Lassen Sie uns lieber einen Boston machen.“

Es ist doch greulich, Herr Baron, wie Sie das liebe Geld vergeuden, sagte die Pastorin, ernstlich kopfschüttelnd, neun Taler in fünf Tagen vertrunken — und vier Taler —! Es ist offenbar Stube und Schandel!

Und siebenzehn Taler verspielt, rief Mierendorf, und fünf davon an die eine Hälfte dieser heiligen Christofoma.“

Ziehen Sie nur eine Karte; Sie sind gottlos, sagte die Pastorin.

Es geschah. Nun saßen der Pastor, seine Frau und der Baron am Kartentisch. „Sieben Stich!“ sagte der letztere. „Acht in der Farbe!“ erwiderte Wolf. „Nun denn, neun!“ rief Mierendorf. „Die habe ich selber!“ sagte sein Gegner.

„So werde ich zehn riskieren!“ rief der heftige Kammerherr, „zehn! haben Sie die auch, Pastor? — Was würde der Hellepont sagen, wenn wir uns vor dem Granikus gesücht hätten? Spielen Sie gefälligst aus, Frau Pastorin, Treff ist Trumpf! — Bete! — vier Unterstich! — Ein braves Hesseberg verzagt nicht. — Bitte Ab? — Großes Glend offen!“

Zehntes Kapitel.

Während der Pastor und seine Hausherr, letztere mit der ihr wohlthuenden Überzeugung, daß sie ein gutes Werk verrichte, indem sie dem Baron sein Geld abnahm, am Spieltisch saßen, ging Sophie mit unserm Freunde zum Garten. Sie pflichte ihm dort Trauben und Birnen, zeigte ihm ihre Blumenbeete und brach ihm ein Straußchen, führte ihn dann zum Dühnerhof und erzählte ihm die Geschichte von dem großen grauen Hahn, der einen Kampf mit einer Weiße ritterlich bestanden, aber dabei ein Auge jämmerlich eingebüßt habe. Eugen mußte mit zum Stalle und das Kalb sehen, welches sie selber sich aufgezogen, und sie freute sich, als er es streichelte und hübsch fand und es auch Reklamant nannte, sowie sie dies tat. Endlich führte sie ihn in die Küche, um zu sehen, ob das Essen noch nicht fertig sei. Dort fanden sie Auguste, die mit stillem Gruß gegen unsern Freund verneigte, und ihn bat, in's Speisezimmer zu treten, da bald aufgetragen werde.

Im Speisezimmer fanden sie den Pastor Ritt aus Plümeran, der sich sehr untertänig vor Eugen beugte. Auguste kaum grüßte, Sophie aber, indem er ihre Hand wie zufällig ergriff, mit salbungsvollen Worten fragte: ob ihr der heutige Tag des Herrn wohlgefalle, und ob sie sich beim Evangelium vom Wasserlächtigen daß erbaut habe.

Ich war heute nicht zur Kirche! erwiderte diese, machte ihre Hand frei und lief hinaus, um Augusten beifällig zu sein.

Es ist nicht erfreulich, solche kirchliche Zustände zu sehen, wie sie hier obwalten, Herr Baron, sagte jetzt der Pastor, und verdröhte trümmelnd die Augen.

Wie so?

Kann Gottesfurcht geübt werden, wenn der Hirte der Gemeinde am Tage des Herrn zur frühen Stunde mit einem Wüstling und Auswürling Karten spielt? Ist's nicht ein offener Greuel, daß auf seinem eigenen Acker am Sonntag morgen Kartoffeln aufgenommen werden?

(Fortsetzung folgt.)

Austreibung der Jesuiten aus Portugal ist eine Verletzung der Freiheit durch die Republik und wer diesen barbarischen Akt noch verteidigt, legt Zeugnis ab von seinem rohen Gemüt. (Lebh. Beifall im Zentrum.) Dem Satz des Reichstagslers: „Keine Ausnahmegesetze“ stimmen wir zu. Die Freilichhaber haben ihm auch zugestimmt. Dann haben sie die Pflicht, auch die Ausnahmegesetze gegen das Zentrum zu beschließen. (Lebh. Zustimmung im Zentr.) Die Liberalen werfen dem Zentrum vor, Wahlhilfe verlangt zu haben. Reizen Sie uns nicht auf diesem Gebiete, sonst könnten wir unsere Wappen aufmachen und erzählen, wie manche Freilichkandidaten zum Zentrum gekommen sind und um Wahlhilfe gebeten haben. (Lärm im Zentrum und rechts: Ropsch! Unruhe bei der Volksp.) Herr Scheidemann sagte, die Wahlstatistik des Zentrums ist eine Kiste gedrochener Ehrenworte. Nun, die Sozialdemokratie hat von dem Zukunftsstaat gesprochen und was hat sie nicht schon alles in die historische Kumpellammer geworfen: Eernes Vohngesetz, Krisentheorie, Verelendungs-theorie und was alles. Dr. David hat in seinem verdienstvollen Werke über die Landwirtschaft gesagt, daß die Konzentrationstheorie auf dem Gebiete der Landwirtschaft Schiffsbruch erlitten hat und daß das Programm auf diesem Gebiet einer gründlichen Revision zu unterziehen ist. (Abg. Dr. David ruft: Was verstehen Sie von der Konzentrationstheorie?) Um die Wahlreformen hat sich überall gerade das Zentrum verdient gemacht. Daß das allgemeine geheime Wahlrecht in Bayern und Baden nur dem Zentrum zu danken ist, hat auf dem Magdeburgerlichen Parteitag auch Behel anerkannt, und wenn wir für Preußen die Wahlreform erreicht hätten, wäre das für Preußen ein großer Schritt gewesen. (Zust. im Zentr.) Die Sozialdemokratie treibt neuerdings eine vergiftende Agitation unter den Rekruten. In einem Flugblatt der Sozialdemokratie, das an Leute verteilt wird, die kurz darauf sich in der Kaserne zu stellen haben, heißt es: „Der Rest der Menschenwürde und jedes proletarische Ehrgefühl wird in der Kaserne ausgetrieben. Wenn es so weit ist, daß der Broletarier auf Vater und Mutter schließt, so hat das System, das in der Volksschule begonnen hat, triumphiert.“ Diese Agitation der Sozialdemokratie unter den jungen Leuten erachtet außerordentlich die Erziehungsarbeit im Heere. Dafür ist mir eine Unmenge Material zugegangen. Die bürgerlichen Parteien sollten dieser Agitation mit aller Macht entgegen treten. (Wrao i. Z. und rechts.) In der Tempelhofer-Feldangelegenheit hat zwar nicht das Reichstagsplenum, aber die Budgetkommission dem Kriegsminister das Recht der Veräußerung gegeben. Die Kommission hat einstimmig einschließend Singers dafür gestimmt. SINGER wünschte keine Verhandlung dieses Nachtragsetats im Plenum, da darin auch ein Truppenübungsplatz bei Posen vorgesehen war, und man eine wilde Grundstückspekulation befürchten mußte. Man verlangt immer kaufmännischen Geist in der Verwaltung und wenn dann der Kriegsminister diesen Geist bemerkt, stellt man ihn als alten Handelsjuden hin. (Heiterkeit.) Wenn Berlin das Tempelhofer-Feld gekauft hätte, hätte Herr Haberland damit spekuliert. Dornburg hat schlimmere Verträge als die Zippelskirchverträge abgeschlossen. Hoffentlich bricht der neue Staatssekretär mit der großkapitalistischen Kolonialpolitik der Vernburgerperiode. Unser Vertrauen hat er. Bei den nächsten Wahlen wird hoffentlich wieder eine starke Zentrumspartei erscheinen. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Schluß 8 Uhr.)

Verammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 12. Dezember 1910.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 20 Minuten vom Vorsitzenden Präses Dimvler eröffnet. Er gibt verschiedene Änderungen in der Geschäftsführung des Protokollführers des Bürgerausschusses bekannt. Das Gehalt desselben soll auf 3600 Mk. erhöht werden. Der Bote der Bürgerchaft soll im Gehalt mit den Ratsdienern gleichgestellt werden, ohne daß er etatsmäßig angestellt wird.

Lippert wünscht die etatsmäßige Anstellung des Boten mit Pensionsberechtigung.

Verschiedene Eingaben über die Gehaltsverhältnisse von Beamten werden zurückgelegt bis zur Beratung des Beamtenbesoldungsetats. Ein damit verbundener Antrag Lippert und Reimpell wünscht in Rücksicht auf die große Nothlage, die nahezu den Ruin einzelner Beamten zeitigte, nach Erledigung des Beamtenbesoldungsetats eine sofortige Abschlagszahlung des bewilligten Mehrgehaltes.

Der erste Senatsantrag beir. die Errichtung einer Zierkasperwertungsanstalt.

Grünau wünscht für die eingegangenen Kagen eine Aufbewahrungsfrist von 5 Tagen, wie es bei den Hunden vorgehört sei.

Schorer tritt ebenfalls für die Lebensverlängerung der gefangenen Kagen ein, speziell für Angora- und andere Kaffelagen.

Waaß (Vorrade) spricht gegen die Errichtung der Anstalt, die vorläufig noch kein Bedürfnis sei. Die Entfernung der einzelnen Landgemeinden von der Anstalt sei zu groß, die Vernichtung der verwendeten Tiere auf dem Lande geschehe so schon im Interesse der Gesundheit möglichst schnell und gut.

Senator Dr. Neumann: Die Anstalt soll selbstverständlich für das ganze läbliche Gebiet gelten; in anderen Staaten sei der Umkreis auch nicht enger gezogen. Die Landwirtschaftskammer hat die Vorlage gutgeheißen.

Schorer wünscht alle Kagen fünf Tage geschützt wissen.

Schorer wandert sich, daß ein Landmann gegen die Vorlage gesprochen habe. Gerade die Eingaben gefangener Tiere sei ein Schaden für den Landwirt.

Dr. Wegle spricht die Bedürfnisfrage. Eine Rentabilität sei nur möglich, wenn die Apparate dauernd in Bewegung seien.

Senator Dr. Neumann zerstreut die Bedenken des Vorrades.

Fuß steht in der Vorlage einen Fortschritt und stellt einen Abänderungsantrag, nach dem für die im Schlachthaus geschlachteten oder zur Rohung ungeeigneten Tiere nur die halbe Gebühr bezahlt werden soll.

Präses (Harnsdorf) glaubt, daß die weit entfernt liegenden Kalkoven von der Anstalt keinen großen Vorteil haben. Jedenfalls müßte das verwendete Vieh möglichst bald abgeholt werden.

Senator Dr. Neumann: Die Entfernung wird für das Zentrumieren der Anstalt nicht von Einfluß sein. Unentgeltliche Abholung geschieht auch, wenn der Rohaver der Anstalt zur Verfügung bleibt. Eine Änderung des Vertrages würde die Vorlage gefährden.

Reckehoff (Reck) wünscht Kommissionsberatung, weil das Gesetz ungenügend enthält, was dem Lande Unannehmlichkeiten bereiten würde. Die Entfernungen seien so groß, daß es besser sei, den Landbewohnern die Vergrabung der Rohaver zu belassen.

Senator Dr. Neumann hebt wiederholt das Gutachten der Landwirtschaftskammer hervor, das sich mit der Vorlage auseinandersetzt.

Scheidemann wünscht Sicherung des Kapitals und Mecklenburg, daß der Senat das Recht der Kontrolle über die Anstalt habe.

Senator Dr. Neumann: Die Sicherung des Kapitals ist vorhanden, schon deshalb, weil der Staat Besitzer des Grund und Bodens ist und weil die dort errichteten Gebäude bei Verletzung des Vertrages in das Eigentum des Staates übergehen.

Dr. Wittern bezweifelt die Eile der Vorlage und kritisiert das verbesserungsbedürftige Deutsch des Textes. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer wünscht ferner, daß jedem Gemeindevorsteher ein Telephon zur Verfügung gestellt werde; würde die Beiseitigung der Rohaver verzögert, gebe der Vorteil des Gesetzes wieder verloren.

Senator Dr. Neumann glaubt, daß durch Kommissionsberatung der praktische Zweck nicht geändert wird; wegen einiger Schönheitsfehler sollte diese nicht beschloffen werden. Die Vorlage sei schon im Oktober an den Bürgerausschuß gelangt, eine Verzögerung könne eventuell den Vertrag hinsichtlich machen.

Mack-Borrad: Wenn in einer Gemeinde mehrere Tiere zu gleicher Zeit verenden, wird die Abholung noch mehr erschwert; das Gesetz bringt nur Schwierigkeiten.

Senator Dr. Neumann zerstreut die Bedenken des Vorrades. Warum sollte gerade in Lübeck der Betrieb nicht funktionieren, wenn in Preußen die Sache doch gut von statten geht.

Senator Dr. Fehling: Die Vorlage hat bis zu ihrer Verwirklichung viele Schwierigkeiten überwinden müssen; Einzelbedenken lassen sich im Verwaltungswege ordnen.

Lippert wünscht sofortige Annahme der Vorlage. Seine praktischen Erfahrungen sprechen dafür. Andere Staaten hätten bedeutend weitere Entfernungen zu überwinden als im läblichen Gebiet. Sanitäre und hygienische Vorteile überwiegen die Bedenken.

Reckehoff vertritt nochmals seine Meinung.

Fuß steht in einzelnen Positionen Gärten, deren Beseitigung er wünscht.

Scheidemann äußert wiederholt sein Bedenken gegen die mangelhafte Sicherstellung des vom Staate aufgewandten Kapitals.

Senator Dr. Neumann: Die Ausübung der Kontrolle wäre sehr schwierig; sie ist aber nicht notwendig, weil der Staat genügend gesichert ist. Der Staat kann ohne weiteres, wenn der Unternehmer nicht bezahlten kann, zum Schöpfungswert die Anstalt übernehmen.

Schorer betont, daß die hygienische Notwendigkeit die Kommissionsberatung überflüssig mache. Würde der Staat die Anstalt übernehmen, wären die Kosten bedeutend höher. Die Landleute haben den größten Vorteil von der Vorlage.

Dr. Wittern kritisiert einzelne Senatsausführungen, denen er Paragrafen der Vorlage entgegenhält. Eine klare Fassung enthalte die Botschaft nicht.

Mack-Borrad: Ist die Stadt und Vorstädte ist die Vorlage gut, für das Land kann ich eine Änderung der Verhältnisse nicht als notwendig erachten.

Senator Dr. Neumann: Der Platz ist so gewählt, daß alle Vorteile von der Anstalt haben.

Scheidemann will das Finanzdepartement für die Kontrolle herangezogen wissen, um den Staat vor Verlusten zu schützen. Ein Unternehmer, der 100 000 Mk. Darlehen vom Staate erhalte, müsse sich eine Kontrolle gefallen lassen.

Senator Dr. Neumann betont nochmals, der Staat habe absolut kein Risiko zu tragen.

Meine will einige Änderungen in der Verordnung durchgeführt wissen.

Dr. Meyer: Der Unternehmer bekommt doch nur ein Darlehen von zwei Drittel des Wertes, die Sicherung des Staates ist also genügend. Eine bessere Verdeutschung ist nicht notwendig.

Die Kommissionsberatung wird abgelehnt.

In der Einzelberatung stellt Brösch einen Abänderungsantrag dahingehend, daß über Tiere, die innerhalb 48 Stunden nach der Anmeldung im Landgebiet nicht abgeholt werden, der Gemeindevorsteher verfügen kann.

Zu § 4 stellt Fuß einen Antrag, daß für Tiere, die bei der Fleischschau zum Genutz untauglich erklärt werden, nur die halben Gebühren bezahlt werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt.

Dr. Wichmann: Der Antrag Brösch würde die hygienischen Vorteile, die wir bezwecken wollen, völlig wieder aufheben.

Zum Antrag Brösch sprechen noch eine Anzahl Redner, denen vom Senatstische erwidert wird.

Der Antrag Brösch wird angenommen.

Dr. Ven der tritt dem Antrage Thiele, der sämtlichen Kagen die Galgenfrist auf fünf Tage verlängert wissen will, entgegen und spricht der Schorerischen Abänderung das Wort, die nur Angora- und anderen Kaffelagen eine verlängerte Schutzfrist zugesetzt.

Der Antrag Schorer wird angenommen, der Thiele'sche abgelehnt. Die ganze Vorlage wird hierauf genehmigt.

Der folgende Senatsantrag betrifft den Verkauf eines an der Straße „Bei der Köhmühle“ gelegenen Areals an W. Lorkuhl.

Soleman kommt auf die Bauweise von Rüdlich zurück, die ebenfalls mit dem Namen Lorkuhl verknüpft sei. Die Ausführungen des Herrn Röhn in der letzten Bürgerschaftsversammlung, Herr Lorkuhl baue in Rüdlich Dreizehnerwohnungen, entspreche nicht den Tatsachen, da Herr Lorkuhl doch nur Zweizehnerwohnungen dort gebaut habe. Es sei festgestellt, daß es in Rüdlich keine Arbeiterwohnungen gebe, diesem Umstande müsse abgeholfen werden.

Böbs will den Senatsantrag abgelehnt wissen, weil die Interessen des Staates nicht genügend gewahrt seien. Herr Lorkuhl kaufe das Gelände billiger, als das vor zwei Jahren erworben, und doch sei der Preis des Baulandes überall gestiegen. Das Areal soll ferner nicht zum vollen Werte veräußert werden, dadurch gehen dem Staate jährlich über tausend Mark verloren. Auch von den Straßenbauabgaben bleibe Lorkuhl verschont.

Senator Kabe: Der Verkauf ist ein abgeschlossenes Geschäft, das mit dem früheren Verkauf ein Ganzes bildet. Das Gelände ist ein ungenutztes Baugrund und erklärt den niedrigen Preis; die Straße wird auch keine solche erster Klasse. Die Interessen des Staates sind gewahrt.

Fehling unterzieht seine Ausführungen, die er in der vorigen Bürgerschaftsversammlung in bezug auf Lorkuhl gemacht hat, denen er nichts hinzuzufügen habe.

Glaun tritt für die Vorlage ein.

Böbs: Herr Lorkuhl verzinst ja gar nichts, wir geben ihm Vorkaufrecht, die ich nicht billigen kann.

Senator Kabe: Großen Bedenken muß der Staat entgegenkommen, Herr Lorkuhl will den Platz nur zur Erweiterung des Geschäfts.

Soleman betont gegenüber Fehling, seine Worte hätten nur dem Zwecke Lorkuhls gegolten, den Herr Röhn verlesen habe.

Schumerich: Wenn das Terrain nur als Lagerplatz benutzt werden soll, ist es besser, es wird nur verpachtet.

Senator Kabe widerspricht dem.

Heinsohn: Die Vorlage ist doch Spekulationszweck, und deshalb ist Kommissionsberatung notwendig, damit geprüft werden kann, ob der Preis angemessen ist.

Senator Kabe bestreitet, daß der Platz der Spekulation dienen soll. Zu billig werde der Platz nicht verkauft. Heinsohn glaubt nicht an den ungenutzlichen Zweck der Erweiterung, den Senator Kabe nochmals hervorhebt. Fenne spricht für die Vorlage, der Staat sollte froh sein, das Terrain los zu werden.

Böbs kann nicht verstehen, daß der Platz billiger verkauft wird als er selbst vom Staat eingeschätzt ist.

Dr. Wittern: Die Bürgerschaftsmitglieder sind nicht in der Lage, die von Herrn Böbs vorgebrachten Bedenken für richtig oder unrichtig zu bewerten und deshalb ist Kommissionsberatung notwendig. Bestehenden Betrieben soll man freilich entgegenkommen.

Senator Dr. Fehling: Im Senat und in der Bürgerschaft ist stets die Ansicht vorherrschend gewesen, daß die Kommission im Finanzdepartement maßgebend für die Preisfestsetzung gewesen ist. Eine Kommission kommt zu keinen anderen Ergebnissen.

Dr. Wittern: Eine Begegnung gegen die Vorlage schließt der Antrag auf Kommissionsberatung nicht in sich. Die Bürgerschaft hat jedoch das Recht, die Sache ebenfalls zu prüfen. Ich selbst hoffe, daß die Vorlage dann angenommen wird.

Senator Kabe findet Kommissionsberatung für überflüssig, er sehe nicht ein, was diese Kommission prüfen soll.

Der Wortführer ersucht um Beschleunigung der Verhandlungen.

Böbs will Auskunft, warum das Gelände billiger verkauft wird.

Senator Kabe gibt als Grund die ungünstige Beschaffenheit des Terrains an.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird hierauf angenommen.

In die Kommission werden gewählt: Böbs, Schöb, Heinsohn, Dr. Wittern, Gumle.

Der nächste Senatsantrag verlangt die Anstellung eines Badekommissars in Travemünde.

Grünau tritt für die Anstellung eines Badekommissars ein und läßt sich über die Aufgaben dieses Beamten aus. Die Broschüren und Prospekte, die im letzten Jahre verfaßt wurden, sind voll von Unrichtigkeiten und doch tragen sie die Firma des Finanzdepartements. Ferner sollte ein Wohnungsnachweis errichtet werden. Auch die Verkehrsverhältnisse sind reformbedürftig. Die Bäder müssen in Travemünde-Stadt ebenfalls anhalten, um die gespannten Verhältnisse zwischen Travemünde-Stadt und -Strand nicht noch zu verschärfen. Luft- und Sonnenbäder müssen ebenfalls errichtet werden; sie sind ein Zugmittel für den Badeort. Auch sind die klimatischen Verhältnisse Travemüdes so gut, daß die Errichtung eines Winterkurortes in Betracht kommen kann. Freilich müssen die Zugverbindungen bedeutend besser werden, denn heute sind sie geradezu traurig. Die Kosten für den Badekommissar kann der Badeort selbst aufbringen. Vor allem verträgt der Preis für das einzelne Bad eine Erhöhung. Heute werden 80 Pf. verlangt, in anderen Badeorten wird hierfür bis 75 Pf. bezahlt. Die Kurtage muß auch geändert werden. Die bisherigen fünf freien Tage sollte man auf drei herabsetzen. Der Pächter der Strandkörbe zahlt nur 600 Mk. Pacht und nimmt dafür große Summen ein; daran könnte der Staat auch mehr Nutzen haben. Der Redner wünscht ferner den Verkauf von Werbemarken an die Hoteliers und ist der Überzeugung, daß die Mühe nicht so viel Unkosten verschlingen darf, um so mehr, als die Mühe nicht immer den Ansprüchen einer Promenadenmuffel entsprechen habe.

Senator Kabe ersucht, bei dieser Vorlage die Mühefrage auszuschalten. Der Betrag von 22 500 Mk. war wohl zu hoch, aber um die Mühe zu erhalten, mußte er ausgegeben werden. Im übrigen ist der Zeitpunkt gekommen, einen Badekommissar anzustellen, weil sich die Verhältnisse geändert haben, er wird für den Badeort nur von Vorteil sein. Der Bäderpreis kann erhöht werden; ob die Kurtage nach den Vorschlägen des Vorredners geändert werden soll, muß erst noch geprüft werden.

Soleman tritt für die Vorlage ein; der Badekommissar könne eine erprießliche Tätigkeit entfalten, ohne daß ein Konversationshaus errichtet werden müsse, wie früher angenommen worden sei. Wir erhoffen vom Badekommissar wesentliche Vorteile für Travemünde, alle Interessenten sind von der Notwendigkeit der Anstellung eines Kommissars überzeugt.

Scheidemann weist darauf hin, daß stückweise Gesetzmacher nicht von Vorteil sei und doch scheint man hier wieder auf diesem Wege zu sein. Im Mai habe man von Senatsseite hervorgehoben, ein Kommissar ohne Errichtung eines Konversationshauses sei nicht möglich. Jetzt scheint man stückweise zu fordern, um so allmählich das Ganze zu erlangen. Vor allem fehle ein großer Plan, aus dem man ersehe, was denn überhaupt in Zukunft beabsichtigt sei. Die Zunahme des Badeortes Travemünde sei nicht auf das Konto des freiwilligen Badekommissars zu legen; die Besuchszahl der Badeorte steige überall. Stellen wir den Kommissar fest an, wird in zwei Jahren sicher ein Antrag auf Errichtung eines Konversationshauses kommen. Ein Badekommissar verleihe die Verkehrsverhältnisse doch nicht besser, deswegen brauche er nicht angestellt zu werden. Die Reformen müsse selbstverständlich ganz bedeutend erweitert werden, aber dazu brauche man doch keinen Badekommissar; wir brauchen uns doch nicht das Anreizzeugnis ausstellen, daß wir selbst keine Reklame machen können. Wohnungsnachweis, Luft- und Sonnenbäder könnten wir doch ebenfalls einrichten, ohne erst einen Beamten anzustellen. Mit dem Winterkurort sei es eine eigene Sache. Für das Vergnügen brauchen wir nichts anderes als einen tüchtigen Mann, der weiter nichts zu sein brauche als ein liebenswürdiger Sommerdiener, der von Blume zu Blume, von Reiz zu Reiz (Schwirre (Große Heiterkeit), mit einem Wort einen Vergnügungsdirektor. Für Travemünde müsse eine besondere Behörde geschaffen werden, um den verschiedenen Faktoren gerecht zu werden, das sei besser als ein Badekommissar, den sich nur wenige Badeorte leisten. Bäder, die weit größeren Aufpruch hätten als Travemünde. Vor allem müßten Waldanlagen geschaffen und der Strand verbessert werden. Soll der Badekommissar aber alle die Aufgaben erfüllen, die ihm gestellt werden, könne er mit der ihm ausgesetzten Summe nicht auskommen, wohl aber ein Vergnügungsdirektor, dem 2000 Mark für die Monate Mai bis August bewilligt würden. Den Badekommissar bittet Redner abzulehnen, weil er uns zu Kosten treibe, die wir gar nicht absehen können.

Senator Kabe kann einen großzügigen Plan heute nicht geben; man müsse sich auf den realen Boden stellen und fragen, was der Kommissar alles zu leisten habe, und da müsse man sagen, daß ihn eine ganz erhebliche Arbeit erwarte. Im übrigen hätten sich die Verhältnisse gegen früher geändert und da habe auch der Senat seine Ansicht einer Revision unterzogen. Travemünde habe sich außerordentlich gehoben, die Einkommensteuer sei in den letzten fünf Jahren um 60 Prozent gestiegen, die Verbrauchsabgabe um 25 Proz. und die Vermögenssteuer habe 1909 über 10 000 Mk. betragen.

Lippert: Eine unbedingte Notwendigkeit für die Anstellung eines Badekommissars können meine Freunde nicht aus der Begründung der Vorlage und den gehörten Darlegungen nicht ersehen. Die Bürgerschaft tut gut, die Vor-

die sich der Aufgabe widmen können, eine Zentralstelle zu bilden. Im übrigen ist Redner ganz entschieden gegen die verlockende Anstellung, die doch eine dauernde Einrichtung bleibe, das Bestehen der Erfahrungen, die er bis jetzt in der Bürgerchaft gemacht habe. Er fordert Kommissionsberatung.

Senator Rabe tritt den Ausführungen entgegen, ist aber nicht zu verstehen.

Ein Schlussantrag wird angenommen, die von Schemann angeregte Kommissionsberatung abgelehnt.

In der Einzelberatung stellt Schemann den Antrag, einen Vergütungsdirektor mit 2000 Mark Gehalt anzustellen, dem Meinte aber entgegentritt und die Senatsvorlage empfiehlt. Der jetzige Zustand, daß der letzte Zug in Travemünde-Stadt nicht hält, muß abgeändert werden, er schafft viel böses Blut. Überhaupt muß der Senat dafür eintreten, daß jeder Zug in Travemünde-Stadt hält.

Senator Rabe: Der Senat hat mit der Durchführung des Zuges nichts zu tun.

Aug. Pape: Die Ausführungen von Meinte sprechen für Kommissionsberatung. Der Herr Senator hat gesagt, daß dem Herrn, der in diesem Sommer als Badekommissar fungierte, nicht die Möglichkeit genommen werden dürfe, sich um den Posten zu bewerben.

Senator Rabe: Die Ausführungen des Vorredners habe ich schon im Bürgerausschuß zurückgewiesen.

Aug. Pape: Die Antwort des Senators bestätigt meine Forderung, endlich im Bürgerausschuß einen Stenographen anzustellen und die Sitzungen öffentlich zu halten. Der Antrag des Senates wird angenommen.

Von Dr. Gorch wird ein mit 70 Unterschriften unterzeichneter Antrag eingebracht, der dahin geht, die Bürgerchaft möge das Ersuchen an den Senat richten, dieser solle der Bürgerchaft eine Vorlage entgegenbringen, die eine Hinterbliebenenversorgung der Senatoren regelt.

Die Sitzung, welche die nicht erledigte Tagesordnung aufzuarbeiten hat, findet am Montag, dem 19. Dezember statt. Schluß 11¼ Uhr.

die sich der Aufgabe widmen können, eine Zentralstelle zu bilden. Im übrigen ist Redner ganz entschieden gegen die verlockende Anstellung, die doch eine dauernde Einrichtung bleibe, das Bestehen der Erfahrungen, die er bis jetzt in der Bürgerchaft gemacht habe. Er fordert Kommissionsberatung.

Senator Rabe tritt den Ausführungen entgegen, ist aber nicht zu verstehen.

Ein Schlussantrag wird angenommen, die von Schemann angeregte Kommissionsberatung abgelehnt.

In der Einzelberatung stellt Schemann den Antrag, einen Vergütungsdirektor mit 2000 Mark Gehalt anzustellen, dem Meinte aber entgegentritt und die Senatsvorlage empfiehlt. Der jetzige Zustand, daß der letzte Zug in Travemünde-Stadt nicht hält, muß abgeändert werden, er schafft viel böses Blut. Überhaupt muß der Senat dafür eintreten, daß jeder Zug in Travemünde-Stadt hält.

Senator Rabe: Der Senat hat mit der Durchführung des Zuges nichts zu tun.

Aug. Pape: Die Ausführungen von Meinte sprechen für Kommissionsberatung. Der Herr Senator hat gesagt, daß dem Herrn, der in diesem Sommer als Badekommissar fungierte, nicht die Möglichkeit genommen werden dürfe, sich um den Posten zu bewerben.

Senator Rabe: Die Ausführungen des Vorredners habe ich schon im Bürgerausschuß zurückgewiesen.

Aug. Pape: Die Antwort des Senators bestätigt meine Forderung, endlich im Bürgerausschuß einen Stenographen anzustellen und die Sitzungen öffentlich zu halten. Der Antrag des Senates wird angenommen.

Von Dr. Gorch wird ein mit 70 Unterschriften unterzeichneter Antrag eingebracht, der dahin geht, die Bürgerchaft möge das Ersuchen an den Senat richten, dieser solle der Bürgerchaft eine Vorlage entgegenbringen, die eine Hinterbliebenenversorgung der Senatoren regelt.

Die Sitzung, welche die nicht erledigte Tagesordnung aufzuarbeiten hat, findet am Montag, dem 19. Dezember statt. Schluß 11¼ Uhr.

nominiell dem Bunde angeschlossen. Einstimmig beschloß man darauf eine Protestresolution gegen die durch die Presse verbreitete falsche Notiz, daß Gompers sich gegen die Organisation der Neger gewandt habe. In der Resolution wird erklärt, daß der Gewerkschaftsbund sich nach wie vor bemühen wird, alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Nationalität, religiöse oder politische Anschauung zu organisieren.

Die Vorstandswahlen ergaben einstimmige Wiederwahl Gompers zum Präsidenten, wie auch der übrigen Mitglieder. Zur internationalen Konferenz in Budapest wurde der Erste Vizepräsident J. Duncan gewählt. Der nächstjährige Kongreß des Gewerkschaftsbundes wird in Atlanta stattfinden.

Die Maabiter Polizeischlachten vor Gericht.

In der Verhandlung am Montag wird zunächst der Fall Billa-Krahaat weiter erörtert. Eine Zeugin will vom Balkon der dem Bilz'schen Lokal gegenüber liegenden Wohnung gesehen haben, daß am 24. September, als Kohlenwagen von Kupfer u. Co. von der Menge angehalten und die Führer beschimpft wurden, Bilz in hervorragender Weise sich an der Verhöhnung und Beschimpfung der Polizei beteiligt hat. Mehrere andere Zeugen betonen jedoch, daß Bilz zu fraglicher Zeit garnicht anwesend war, sondern seinen alltäglichen Mittagschlaf gehalten hat. Hieran stellt Rechtsanwalt Liehnecht den Antrag der Haftentlassung des Bilz und Krahaat. Staatsanwalt Steinbrück widerpricht der Haftentlassung des Bilz sehr energisch, da für Bilz eine sehr hohe Strafe zu erwarten sei; die des Angeklagten Krahaat stellt er dem Gericht anheim. Das Gericht will später Beschluß fassen.

Vor nun zum allgemeinen Teil wieder übergegangen wird, bittet der Vorsitzende um mögliche Einschränkung der Beweisanträge; es sind bereits jetzt im Laufe der Verhandlung nicht weniger als 58 gestellt. Rechtsanwalt Heine bemerkt, daß die Verteidigung der Anregung des Vorsitzenden in vollstem Maße entsprechen wolle, aber auf eins könne die Verteidigung nicht verzichten, nämlich nach der Sonnabendrede des Reichsanwalters. Die Verteidigung müsse den größten Wert darauf legen, festzustellen, daß Polizeibeamte vom ersten Tage an sich nicht darauf beschränkt haben, das Eigentum von Kupfer und der Verlehr zu schützen, sondern rücksichtslos auch harmlose Straßenpassanten mißhandelten, daß die zweckwidrigen Absperrungen und Menschenjagden die Bevölkerung gereizt und die Kriterien des Aufruhrs, nämlich das Zusammenlaufen der Menge erst geschaffen habe, daß ganz Unbeteiligte, selbst in verkehrslosen Straßen, von Beamten beschimpft und mißhandelt worden sind, zum Teil durch Überfälle von hinten und daß die Massenhaftigkeit dieser Fälle beweise, daß es nicht einzelne Mißgriffe gewesen sind, die in der Gile vielleicht entschuldbar gewesen wären, sondern daß viele Beamte in gewollter und bewusster Weise so gehandelt haben. Dieser Beweis sei unbedingt notwendig, nachdem der Reichsanwalt erklärt hat, die Polizeibeamten hätten nichts weiter als ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Zwar werde diese Äußerung, die ja außerhalb des Gerichtssaales gefallen ist, die Richter sicherlich nicht beeinflussen, aber sie beeinflusse doch jedenfalls den Staatsanwalt, dessen höchster Vorgesetzter der preussische Ministerpräsident ist.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrück betont demgegenüber, daß auch sein Verhalten nur durch die Ereignisse im Gerichtssaal bestimmt werde, aber schon jetzt seien doch viele Vorgänge durch Gegenzeugen zugunsten der Polizei aufgeklärt, zum Beispiel der Vorfall mit dem alten Mann, der von einem Schutzmännchen niedergeschlagen sein soll. Er glaube daher, daß man die Beweisaufnahme erheblich einschränken kann.

Rechtsanwalt Heine man betont demgegenüber, daß der von dem Staatsanwalt erwähnte Vorfall keineswegs zugunsten der Polizei aufgeklärt ist und bemerkt, daß die Verteidigung, nachdem der Mann, welcher zum obersten Güter des Rechts berufen ist, öffentlich gesagt hat, die Polizei habe nur ihre Pflicht getan, sich geradezu imstande der Notwehr befände und daß es daher nicht Schuld der Verteidigung ist, wenn die Verhandlungen ausgedehnt werden.

Nach der Pause verliert der Vorsitzende, daß das Gericht beschlossen hat, den Angeklagten Krahaat aus der Untersuchungshaft zu entlassen, den Angeklagten Bilz dagegen weiter in Haft zu behalten, da die Gründe für die Haft noch weiter fortbestehen. In der Beweisaufnahme werden dann einige Schutzzeugen der Polizei vernommen, ein Kammergerichtsrat und andere, die die Polizei nur ruhig und besonnen haben vorgehen sehen, auch ein Schutzeinzelner, der jedoch seiner Verwunderung Ausdruck gibt, daß so viele seiner Bekannten ihm über Mißhandlungen seitens der Polizei, die sie gesehen, etwas erzählt haben. Aber auch andere Zeugen kommen zu Wort, so der Rechtsanwalt Balkin. Derselbe bezeichnet sich als einen kónigstreuen und patriotischen Mann, der das deutsche Volk und den Kaiser über alles liebe. Aber er war geradezu entsetzt über die grauenhaftesten Mißhandlungen, welche Schutzeinzelner verübt haben. Er hat vom Balkon seiner Wohnung vier bis sechs fliehende Menschen verfolgt von Schutzeinzelnen gesehen, zu seiner Zeit war ein Auflauf nicht vorhanden. Die fliehenden wurden von den Schutzeinzelnen niedergeschlagen und auch, als sie schon am Boden lagen, wurde in barbarischer Weise auf sie eingeschlagen. Der Zeuge gibt seiner Enttäuschung lebhaften Ausdruck, selbst wenn die Betroffenen die schlimmsten Verbrecher gewesen wären, so wäre es geradezu sinnlos, in solch einer entsetzlichen Weise auf sie einzuschlagen. Großen Eindruck macht auch der letzte Montag vernommene Zeuge, Kohrleger Senf. Der Mann kam mit seiner Frau in der Nacht zum 29. September von einem Besuch nach Hause und wollte zwischen 12 und 1 Uhr in seine Wohnung in der Wittstöckerstraße, die zu dieser Zeit fast menschenleer war; nur Schutzmännchen standen in der Straße. Vor seiner Wohnung bemerkte er, daß er den Haus Schlüssel vergessen hatte. Er ließ deshalb seine Frau vor der Wohnung warten und wollte den Nachtmacher suchen. Unbeobachtet kam er durch die Schutzmännchen, aber nach dem er sie passiert wurde, wurde er von einem Kriminalbeamten geschnauzt: Was haben Sie auf der Straße zu tun? Scheren Sie sich fort! Er vermutete, es mit einem Kriminalbeamten zu tun zu haben und antwortete höflich: Ich wohne hier, habe meinen Haus Schlüssel vergessen und habe den Nachtmacher. Als Antwort bekam er von einem Kriminalbeamten einen Schlag mit einem Gummihüchel über den Kopf. Der Kriminalbeamte winkte dann einige uniformierte Schutzeinzelne herbei und der Mann wurde von vier Schutzeinzelnen in barbarischer Weise mit den Säbeln mißhandelt. Er blieb ohnmächtig liegen und später brachten ihn zwei andere Schutzeinzelne, die ihn liegen lassen, nach der Unterstation. Der Mann hat damals Wunden im Krantenhause gelassen, ist aber auf Verenszeit zum Krappel gelassen.

Hierauf wird die Sitzung auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Der amerikanische Gewerkschaftskongreß.

Die Gäste des Kongresses aus England und Kanada wurden, wie üblich, reich beschenkt. — Die seit dem Demerskongresse bestehende Fortbildungsschulkommission unterbreitet einen längeren Bericht, in der der gewerbliche Fortbildungsschulunterricht gefordert wird. Die Kommission, die zu diesem Zwecke große Erhebungen angestellt und sich mit Parlamentariern in Verbindung gesetzt hat, wird ihre Arbeiten fortsetzen. — Nach Erledigung einer Anzahl Grenzstreitigkeiten und nachdem ein Delegierter aus Winnipeg (Kanada) den Versuch der russischen Regierung, einen dort auf ihre Veranlassung verhafteten Flüchtling und Mitglied der ersten Duma, Sarva Federenko, ausgeliefert zu erhalten, geschildert hatte, wurde die von den kanadischen Gewerkschaften in Gené geforderte Gegenaktion unter großem Beifall einstimmig gutgeheißen.

Der neunte Kongreßtag wurde völlig mit der Erledigung von Grenzstreitigkeiten ausgefüllt. — Die Frage des Anschlusses der Western-Federation of Miners (Bergarbeiter), die dann aber den Einschuß aller im Bergbau Beschäftigten verlangen, so wie dies schon den bisher angeschlossenen United Mine Workers gewährt war, beschäftigte den Kongreß sehr eingehend am zehnten Verhandlungstage, doch mußte sie schließlich erneut auf den nächsten Tag vertagt werden.

Ein Antrag der Newyorker Gewerkschaften, eine Agitation einzuleiten zur Abänderung der Konstitution der Vereinigten Staaten in der Weise, daß die Rechte der Arbeiterklasse gewährleistet und alle möglichen Inhaltsbefehle unmöglich gemacht werden, und der u. a. mit dem zunehmenden Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit begründet war, wurde glatt abgelehnt, doch soll die sogenannte „Wilson-Bill“, die sich gegen die Übergriffe der Gerichte wendet und die Errichtung eines Arbeitsministeriums vorseht, propagiert werden. Angenommen wurde auch ein Antrag, der sich gegen die Konkurrenz und Schleuderverpreise der Gefängnisarbeit wendet, sowie ein anderer, der zur finanziellen Unterstützung der streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in Chicago auffordert. Die Sympathie und Unterstützung des Kongresses wurde in gleicher Weise den streikenden 7000 Tabakarbeitern in Tampa (Florida) ausgesprochen, wo eine Art freiwilliger und bewaffneter Bürgerwehr im Einverständnis mit den Behörden ein Schreckensregiment führt, die Arbeiterführer sämtlich gefangen hält, ihre Bureaus mit Gewalt geschlossen hat usw., so daß die Organisationsfähigkeit völlig unterbrochen war. Als völlig zwecklos wurde es bezeichnet, den Rechtsweg dagegen zu beschreiten, denn die Unternehmer würden jeden tüchtigen Anwalt, an den die Arbeiter sich wenden könnten, sofort bestechen.

Einem Antrage des Müllerverbandes wurde zugestimmt, der sich gegen die Zulassung im Zustande angeworbener Arbeiter meidet, die bisher von den Einwanderungsbehörden unbeteiligt gelassen sind. Um die Gewerkschaften innerhalb der einzelnen Industrien näher zusammenzubringen, soll eine besondere Kommission dem nächsten Kongreß Vorschläge auf Schaffung weiterer Industrie-Departements machen. Besondere Genugung wurde über die Fortschritte der Bewegung für das Einwanderungsverbot der gelben Rassen zum Ausdruck gebracht. Ebenso wurde die Erklärung im Berichte Gompers, die Gewerkschaften müßten wohl Prinzipien, nicht aber bestimmten Parteien folgen, gutgeheißen. Sein Bericht über die gute Wirkung des Anschlusses an das internationale Gewerkschaftssekretariat wurde mit Beifriedigung aufgenommen und beschlossen, zur nächsten internationalen Konferenz in Budapest einen Delegierten zu entsenden mit dem Auftrage, die in Paris (1908) vorgelegten Anträge auf Schaffung eines Arbeitsbundes der Welt und auf Fernhaltung des Jauges in Länder, in denen Arbeiter im Streite stehen, erneut zu vertreten.

Die Gewerkschaftsmärkte, die in manchen Gegenden arg mißbraucht wird, in anderen wiederum keinerlei Bedeutung erlangen konnte, beschäftigte den Kongreß am ersten Verhandlungstage. Um die Herkunft der gezeigten Waren nachprüfen zu können, sollte die Marke möglichst auf Stoff gedruckt sein und die Sektionsnummer in roter Farbe enthalten, doch lehnte man den Antrag, eine einheitliche Schutzmarke einzuführen, ab, weil für eingeführte Marken dadurch an Wert verlieren würden. Nach Erledigung von Statutenänderungen wurde die Anschlussfrage der Bergarbeiter des Westens erneut aufgenommen. Vizepräsident Connell vertrat den Standpunkt, daß die Rechte der Maschinen- und anderer Gewerkschaften entgegen den Statuten des Bundes benachteiligt werden, wenn die in Bergwerken häufig beschäftigten Arbeiter aller Kategorien der Bergarbeiterorganisation ausgeschlossen würden. Präsident Gompers entschied in gegenteiligem Sinne und dieser Auffassung trat auch der Kongreß bei. Mit 7792 gegen 2107 Stimmen bei 529 Stimmenthaltungen wurde schließlich beschlossen, die Angelegenheit dem Zentralvorstande zur gütlichen Regelung zu überlassen. Damit sind die Bergarbeiter

Das Gute, dieser Satz steht fest. Ist stets das Böse, das man läßt.

Indem wir das Böse, das der Senatsantrag in sich schließt, lassen und den Senatsantrag ablehnen, haben wir das Gute für den Staat bewirkt.

Senator Rabe: Für uns kann ein Badekommissar als fest angestellter Beamter mit Pensionsberechtigung nicht in Frage kommen. Den Gästen, die am Sonntag von Hamburg kommen und 4 bis 6 Mk. für die Bahnfahrt bezahlen, kann es nicht darauf ankommen, ob sie für das Bad 80 oder 40 Pfg. bezahlen.

Schorer: Vor einigen Jahren sprach der Senat gegen die Anstellung und jetzt bringt er selbst den Vorschlag. Ich bin gegen den Antrag, weil wir immer mehr Ausgaben dadurch haben. Lehnen Sie den Kommissar ab.

Senator Rabe (liest unverständlich), spricht zugunsten der Anstellung eines Kommissars.

Senator Fehling: Auf Antrag Dr. Biehl ist im Bürgerausschuß festgelegt worden, daß sich der Kommissar nicht zum Beamten ausmachen darf. Sie haben es ja jedes Jahr in der Hand, ihn wieder abzuschaffen. Das Ganze ist nur ein Versuch.

Aben der Erde tritt für die Vorlage ein; die Reklame für Travemünde und Lübeck sollte zusammen gemacht werden, denn beide Städte haben gemeinsame Interessen. Andere Vorschläge, die größeren Fremdenverkehr haben als Lübeck, machen eben größeren Aufwand, um den Zugang zu fördern. Redner führt eine Anzahl Fälle an, aus denen hervorgeht, daß auswärts für Reklame bedeutend mehr getan wird als in Lübeck und Travemünde; die anderen Gegenden bieten aber keinesfalls mehr als Lübeck. Keine Stadt Deutschlands ist in der Lage, ein so schönes Bild den Fremden zu bieten wie gerade Lübeck, das durch seine Geschichte schon Anziehungskraft besitzt. Der Redner will den Badekommissar auf fünf Jahre angestellt wissen.

Senator Rabe: Für beide Orte kann der Kommissar nicht zugleich tätig sein; die Frage darf nicht zusammen verquält werden.

Aug. Pape: Wenn wir alles das machen wollen, was große Wäber machen, können wir uns gleich begraben lassen. In Schulen haben wir uns gerade genug gestürzt. Wenn doch opferwillige Persönlichkeiten in Travemünde vorhanden sind, sollen sie sich in den Dienst der Sache stellen. Daß der Kommissar nur auf ein Jahr bewilligt werden soll, veranlaßt bei mir nicht. Wird er heute bewilligt, haben wir ihn für ewige Zeiten. Der freiwillige Kommissar ist eben nicht so reich angestellt worden, und dann ist er gegangen; wir sind an keine Person gebunden und können ruhig die Angelegenheit kommissarisch prüfen. Schließlich kann Neu-Travemünde die Kosten tragen, das allein den Vorteil davon hat. Die Rede vom Sparen ist in der Bürgerchaft zur Phrasen ausgeartet, ich gebe darauf nichts mehr. Es ist ein Aemutseignis für unsere Behörden, wenn gesagt wird, wir brauchen notwendig einen Badekommissar für alle möglichen Zwecke. Man sollte erst eine bessere Verwaltung schaffen. Die Hauptdeputation wollte am 1. Oktober die Badeanstalt abbrechen und das Finanzdepartement hat die Saison bis zum 15. Oktober ausgeschrieben. Das sind Verhältnisse, die nicht vorkommen sollten. Besser wäre auch, man würde in Travemünde mehr kleinere Häuser bauen, als große. Redner wendet sich gegen die Wertenerung des Badepreises und meint dann, für den Posten des Vergütungsdirektors, den Schemann wünscht, könnte man ja auch einen Sänger und Schauspieler nehmen, der in Lübeck so beliebt sei.

Senator Rabe befreitet, daß die Anstellung auf eine bestimmte Persönlichkeit zugeschnitten war wie Pape wiederholt behauptet habe.

Rippert: Bei dieser Vorlage trifft die stückweise Verbessemerie nicht zu, wie Herr Schemann behauptet hat. Hier soll es sich nur um einen Versuch handeln. In absehbarer Zeit werden sich die Verwaltungsverhältnisse in Travemünde doch ändern, so daß man dann mit einem Vergütungsdirektor auskommen kann. Vorkünftig muß aber die Vorlage angenommen werden.

Grünau: Ich habe nur einen Vorschlag gemacht, eventuell die Wäber zu erhöhen, und bin nicht wie Herr Pappert mir vorgeworfen hat für die Erhöhung eingetreten. Redner streift im weiteren die Einwürfe der verschiedenen Redner und tritt für die Anstellung des Kommissars ein.

Schemann: Stückweise Verbessemerie trifft hier ganz besonders zu, denn es fehlt vor allem an einer einheitlichen Organisation, die erst geschaffen werden muß, soll etwas Sprichtliches entstehen. Lübeck hat Männer genug

Austreibung der Jesuiten aus Portugal ist eine Verletzung der Freiheit durch die Republik und wer diesen barbarischen Akt noch verteidigt, legt Zeugnis ab von seinem rohen Gemüte. (Lebh. Beifall im Zentrum.) Dem Satz des Reichskanzlers: „Keine Ausnahmegeetze“ stimmen wir zu. Die Freisinnigen haben ihm auch zugestimmt. Dann haben sie die Pflicht, auch die Ausnahmegeetze gegen das Zentrum zu beschließen. (Lebh. Zust. im Zentr.) Die Liberalen werfen dem Zentrum vor, Wahlhilfe verlangt zu haben. Keinen Sie uns nicht auf diesem Gebiet, sonst könnten wir unsere Wappen aufmachen und erzählen, wie manche Freisinnskandidaten zum Zentrum gekommen sind und um Wahlhilfe gebeten haben. (Zuruf im Zentrum und rechts: Ropsch! Unruhe bei der Volksp.) Herr Scheidemann sagte, die Wahlstatistik des Zentrums ist eine Kiste gedrohter Ehrenworte. Nun, die Sozialdemokratie hat von dem Zukunftsstaat gesprochen und was hat sie nicht schon alles in die historische Kumpelkammer geworfen: Chernes Lohngesetz, Krisentheorie, Verelendungstheorie und was alles. Dr. David hat in seinem verdienstvollen Werke über die Landwirtschaft gesagt, daß die Konzentrationstheorie auf dem Gebiete der Landwirtschaft Schiffbruch erlitten hat und daß das Programm auf diesem Gebiet einer gründlichen Revision zu unterziehen ist. (Abg. Dr. David ruft: Was verstehen Sie von der Konzentrationstheorie?) Um die Wahlformen hat sich überall gerade das Zentrum verdient gemacht. Daß das allgemeine geheime Wahlrecht in Bayern und Baden nur dem Zentrum zu danken ist, hat auf dem Magdeburgerischen Parteitag auch Deibel anerkannt, und wenn wir für Preußen die Wahlreform erreicht hätten, wäre das für Preußen ein großer Fortschritt gewesen. (Zust. im Zentr.) Die Sozialdemokratie treibt neuerdings eine vergiftende Agitation unter den Rekruten. In einem Flugblatt der Sozialdemokratie, das an Leute verteilt wird, die kurz darauf sich in der Kaserne zu stellen haben, heißt es: „Der Rest der Menschenwürde und jedes proletarische Ehrgefühl wird in der Kaserne ausgetrieben. Wenn es so weit ist, daß der Proletarier auf Vater und Mutter schließt, so hat das System, das in der Volksschule begonnen hat, triumphiert.“ Diese Agitation der Sozialdemokratie unter den jungen Leuten erschwert außerordentlich die Erziehungsarbeit im Heere. Dafür ist mir eine Unmenge Material zugegangen. Die bürgerlichen Parteien sollten dieser Agitation mit aller Macht entgegenreten. (Bravo i. Z. und rechts.) In der Tempelhofer-Feldangelegenheit hat zwar nicht das Reichstagsplenum, aber die Budgetkommission dem Kriegsminister das Recht der Veräußerung gegeben. Die Kommission hat einstimmig einschließend Singers dafür gestimmt. SINGER wünschte keine Verhandlung dieses Nachtragsetats im Plenum, da darin auch ein Truppenübungsplatz bei Jossen vorgelesen war, und man eine wilde Grundstückspekulation befürchten mußte. Man verlangt immer kaufmännischen Geist in der Verwaltung und wenn dann der Kriegsminister diesen Geist beweist, stellt man ihn als alten Handelsjuden hin. (Heiterkeit.) Wenn Berlin das Tempelhofer-Feld gekauft hätte, hätte Herr Haberland damit spekuliert. Dernburg hat schlimmere Verträge als die Tuppelstirchverträge abgeschlossen. Hoffentlich bricht der neue Staatssekretär mit der großkapitalistischen Kolonialpolitik der Dernburgperiode. Unser Vertrauen hat er. Bei den nächsten Wahlen wird hoffentlich wieder eine starke Zentrumspartei erscheinen. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Schluß 8 Uhr.)

Verammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 12. Dezember 1910.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 20 Minuten vom Vorsitzenden Präses Dimpfer eröffnet. Er gibt verschiedene Änderungen in der Geschäftsführung des Protokollführers des Bürgerausschusses bekannt. Das Gehalt desselben soll auf 3600 Mk. erhöht werden. Der Bote der Bürgerschaft soll im Gehalt mit den Ratsschreibern gleichgestellt werden, ohne daß er etatsmäßig angestellt wird. Lippert wünscht die etatsmäßige Anstellung des Boten mit Vorrangberechtigung. Verschiedene Eingaben über die Gehaltsverhältnisse von Beamten werden zurückgelegt bis zur Beratung des Beamtenbesoldungsetats. Ein damit verbundener Antrag Lippert und Reimpel wünscht in Rücksicht auf die große Notlage, die nahezu den Ruin einzelner Beamten zeitliche, nach Erledigung des Beamtenbesoldungsetats eine sofortige Abschlagszahlung des bewilligten Mehrbetrages. Der erste Senatsantrag betrifft die Errichtung einer Tierkörperverwertungsanstalt. Grünau wünscht für die eingefangenen Katzen eine Aufbewahrungsdauer von 5 Tagen, wie es bei den Hunden vorgehört sei. Schorer tritt ebenfalls für die Lebensverlängerung der gefangenen Katzen ein, speziell für Angora- und andere Rassekatzen. Wack (Worrade) spricht gegen die Errichtung der Anstalt, die vorläufig noch kein Bedürfnis sei. Die Entfernung der einzelnen Landgemeinden von der Anstalt sei zu groß, die Vernichtung der verendeten Tiere auf dem Lande geschehe so schon im Interesse der Gesundheit möglichst schnell und gut. Senator Dr. Neumann: Die Anstalt soll selbstverständlich für das ganze läbliche Gebiet gelten; in anderen Staaten sei der Umkreis auch nicht enger gezogen. Die Landwirtschaftskammer hat die Vorlage gutgeheißen. Ziele will alle Katzen fünf Tage geschächt wissen. Schorer wundert sich, daß ein Landmann gegen die Vorlage gesprochen habe. Gerade das Eingetragene gefallener Tiere sei ein Schaden für den Landwirt. Dr. Wack freist die Bedürfnisfrage. Eine Rentabilität sei nur möglich, wenn die Apparate dauernd in Bewegung seien. Senator Dr. Neumann zerstreut die Bedenken des Vorredners. Fuß steht in der Vorlage einen Fortschritt und stellt einen Abänderungsantrag, nach dem für die im Schlachthaus geschlachteten oder zur Rohung ungeeigneten Tiere nur die halbe Gebühr bezahlt werden soll. Brösch (Harmsdorf) glaubt, daß die weit entfernt liegenden Katen von der Anstalt keinen großen Vorteil haben. Jedemfalls müßte das verendete Vieh möglichst bald abgeholt werden. Senator Dr. Neumann: Die Entfernung wird für das Funktionieren der Anstalt nicht von Einfluß sein. Ungezügliche Abholung geschieht auch, wenn der Kadaver der Anstalt zur Verfügung bleibt. Eine Änderung des Vertrages würde die Vorlage gefährden. Bedelhoff (Kreutz) wünscht Kommissionsberatung, weil das Gesetz manches enthält, was dem Lande Unannehmlichkeiten bereiten würde. Die Entfernungen seien so weit, daß es besser sei, den Landbewohnern die Vergütung der Kadaver zu belassen. Senator Dr. Neumann hebt wiederholt das Gutachten der Präsidentschaftskammer hervor, das sich mit der Vorlage auseinandersetzt. Giesemann wünscht Sicherung des Kapitals und Meßung, daß der Senat das Recht der Kontrolle über die Anstalt habe.

Senator Dr. Neumann: Die Sicherung des Kapitals ist vorhanden, schon deshalb, weil der Staat Besitzer des Grund und Bodens ist und weil die dort errichteten Gebäude bei Verlegung des Vertrages in das Eigentum des Staates übergehen. Dr. Wittern bezweifelt die Eile der Vorlage und kritisiert das verbesserungsbedürftige Deutsch des Textes. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer wünscht ferner, daß jedem Gemeindevorsteher ein Telephon zur Verfügung gestellt werde; würde die Beileisteschaffung der Kadaver verweigert, gehe der Vorteil des Gesetzes wieder verloren. Senator Dr. Neumann glaubt, daß durch Kommissionsberatung der praktische Zweck nicht geändert wird; wegen einiger Schönheitsfehler sollte diese nicht beschlossen werden. Die Vorlage sei schon im Oktober an den Bürgerausschuß gelangt, eine Verzögerung könne eventuell den Vertrag hinaufziehen. Wack (Worrade): Wenn in einer Gemeinde mehrere Tiere zu gleicher Zeit verenden, wird die Abholung noch mehr erschwert; das Gesetz bringt nur Schwierigkeiten. Senator Dr. Neumann zerstreut die Bedenken des Vorredners. Warum sollte gerade in Lübeck der Betrieb nicht funktionieren, wenn in Preußen die Sache doch gut von statten geht. Senator Dr. Fehling: Die Vorlage hat bis zu ihrer Verwirklichung viele Schwierigkeiten überwinden müssen; Einzelbedenken lassen sich im Verwaltungswege ordnen. Lippert wünscht sofortige Annahme der Vorlage. Seine praktischen Erfahrungen sprächen dafür. Andere Staaten hätten bedeutend weitere Entfernungen zu überwinden als im Lübeckischen Gebiet. Sanitäre und hygienische Vorteile überwiegen die Bedenken. Bedelhoff vertritt nochmals seine Meinung. Fuß steht in einzelnen Positionen Parteien, deren Beteiligung er wünscht. Giesemann äußert wiederholt sein Bedenken gegen die mangelhafte Sicherstellung des vom Staate aufgewandten Kapitals. Senator Dr. Neumann: Die Ausübung der Kontrolle wäre sehr schwierig; sie ist aber nicht notwendig, weil der Staat genügend gesichert ist. Der Staat kann ohne weiteres, wenn der Unternehmer nicht bezahlen kann, zum Schätzungsamt die Anstalt übernehmen. Schorer betont, daß die hygienische Notwendigkeit die Kommissionsberatung überflüssig mache. Würde der Staat die Anstalt übernehmen, wären die Kosten bedeutend höher. Die Landleute haben den größten Vorteil von der Vorlage. Dr. Wittern kritisiert einzelne Senatsausführungen, denen er Paragraphen der Vorlage entgegenhält. Eine klare Fassung enthalte die Vorlage nicht. Wack (Worrade): Für die Stadt und Vorstädte ist die Vorlage gut, für das Land kann ich eine Änderung der Verhältnisse nicht als notwendig erachten. Senator Dr. Neumann: Der Platz ist so gewählt, daß alle Vorteile von der Anstalt haben. Giesemann will das Finanzdepartement für die Kontrolle herangezogen wissen, um den Staat vor Verlusten zu schützen. Ein Unternehmer, der 100 000 Mk. Darlehen vom Staate erhalte, müsse sich eine Kontrolle gefallen lassen. Senator Dr. Neumann betont nochmals, der Staat habe absolut kein Risiko zu tragen. Weinele will einige Änderungen in der Verordnung durchgeführt wissen. Dr. Meyer: Der Unternehmer bekommt doch nur ein Darlehen von zwei Drittel des Wertes, die Sicherung des Staates ist also genügend. Eine bessere Verdeutschung ist nicht notwendig. Die Kommissionsberatung wird abgelehnt. In der Einzelberatung stellt Brösch einen Abänderungsantrag dahingehend, daß über Tiere, die innerhalb 48 Stunden nach der Anmeldung im Landgebiet nicht abgeholt werden, der Gemeindevorsteher verfügen kann. Zu § 4 stellt Fuß einen Antrag, daß für Tiere, die bei der Fleischschau zum Genuß untauglich erklärt werden, nur die halben Gebühren bezahlt werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt. Dr. Wittern: Der Antrag Brösch würde die hygienischen Vorteile, die wir bezwecken wollen, völlig wieder aufheben. Zum Antrag Brösch sprechen noch eine Anzahl Redner, denen vom Senatstische erwidert wird. Der Antrag Brösch wird angenommen. Dr. Benda tritt dem Antrage Ziele, der sämtlichen Katzen die Galgenfrist auf fünf Tage verlängert wissen will, entgegen und spricht der Schorerischen Abänderung das Wort, die nur Angora- und anderen Rassekatzen eine verlängerte Schutzfrist zugest. Der Antrag Schorer wird angenommen, der Ziele'sche abgelehnt. Die ganze Vorlage wird hierauf genehmigt. Der folgende Senatsantrag betrifft den Verkauf eines an der Straße „Bei der Lohmühle“ gelegenen Areals an W. Lorkuhl. Giesemann kommt auf die Bauungsweise von Klänitz zurück, die ebenfalls mit dem Namen Lorkuhl verknüpft sei. Die Ausführungen des Herrn Köhn in der letzten Bürgerschaftssitzung, Herr Lorkuhl habe in Klänitz Dreizehnerwohnungen, entprieche nicht den Tatsachen, da Herr Lorkuhl doch nur Zweizehnerwohnungen dort gebaut habe. Es sei festgestellt, daß es in Klänitz keine Arbeiterwohnungen gebe, diesen überhandeln müsse abgeholt werden. Wöbs will den Senatsantrag abgelehnt wissen, weil die Interessen des Staates nicht genügend gewahrt seien. Herr Lorkuhl kaufe das Gelände billiger, als das vor zwei Jahren erwarbene, und doch sei der Preis des Baulandes überall gestiegen. Das Areal soll ferner nicht zum vollen Werte veräußert werden, dadurch gehen dem Staate jährlich über tausend Mark verloren. Auch von den Straßenbauabgaben bleibe Lorkuhl verschont. Senator Wack: Der Verkauf ist ein abgeschlossenes Geschäft, das mit dem früheren Verkauf ein Ganzes bildet. Das Gelände ist ein ungünstiges Baugrund und erklärt den niedrigen Preis; die Straße wird auch keine solche erster Klasse. Die Interessen des Staates sind gewahrt. Fehling unterteilt seine Ausführungen, die er in der vorigen Bürgerschaftssitzung in bezug auf Lorkuhl gemacht hat, denen er nichts hinzuzufügen habe. Giesemann tritt für die Vorlage ein. Wöbs: Herr Lorkuhl verzinst ja gar nichts, wir geben ihm Vorkaufrecht, die ist nicht billiger kann. Senator Wack: Großen Bedenken muß der Staat entgegenkommen, Herr Lorkuhl will den Platz nur zur Erweiterung des Geschäftes. Giesemann betont gegenüber Fehling, seine Worte hätten nur dem Zwecke Lorkuhl's gegolten, den Herr Köhn verlesen habe. Schulerich: Wenn das Terrain nur als Lagerplatz benutzt werden soll, ist es besser, es wird nur verpachtet. Senator Wack widerspricht dem. Fehling: Die Handlung ist doch Spekulationszweck, was, weshalb ist Kommissionsberatung notwendig, damit geprüft werden kann, ob der Preis angemessen ist.

Senator Wack befreit, daß der Platz der Spekulation dienen soll. Zu billig werde der Platz nicht verkauft. Sein Sohn glaubt nicht an den ungenügenden Zweck der Erwerbung, den Senator Wack nochmals hervorhebt. Fenne spricht für die Vorlage, der Staat sollte froh sein, das Terrain los zu werden. Wöbs kann nicht verstehen, daß der Platz billiger verkauft wird als er selbst vom Staat eingekauft ist. Dr. Wittern: Die Bürgerchaftsmitglieder sind nicht in der Lage, die von Herrn Wöbs vorgebrachten Bedenken für richtig oder unrichtig zu bewerten und deshalb ist Kommissionsberatung notwendig. Bestehenden Betrieben soll man freilich entgegenkommen. Senator Dr. Fehling: Im Senat und in der Bürgerchaft ist stets die Ansicht vorherrschend gewesen, daß die Kommission im Finanzdepartement maßgebend für die Preisfestlegung gewesen ist. Eine Kommission kommt zu keinen anderen Ergebnissen. Dr. Wittern: Eine Gegenerschaft gegen die Vorlage schließt der Antrag auf Kommissionsberatung nicht in sich. Die Bürgerchaft hat jedoch das Recht, die Sache ebenfalls zu prüfen. Ich selbst hoffe, daß die Vorlage dann angenommen wird. Senator Wack findet Kommissionsberatung für überflüssig, er sehe nicht ein, was diese Kommission präsen soll. Der Wortführer ersucht um Beschleunigung der Verhandlungen. Wöbs will Auskunft, warum das Gelände billiger verkauft wird. Senator Wack gibt als Grund die ungünstige Beschaffenheit des Terrains an. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird hierauf angenommen. In die Kommission werden gewählt: Wöbs, Schöb, Heinlohn, Dr. Wittern, Curwie. Der nächste Senatsantrag verlangt die Anstellung eines Baderkommissars in Travemünde. Grünau tritt für die Anstellung eines Baderkommissars ein und läßt sich über die Aufgaben dieses Beamten aus. Die Broschüren und Prospekte, die im letzten Jahre verfaßt wurden, sind voll von Unrichtigkeiten und doch tragen sie die Firma des Finanzdepartements. Ferner sollte ein Wohnungsnachweis errichtet werden. Auch die Verkehrsverhältnisse sind reformbedürftig. Die Bäder müssen in Travemünde-Stadt ebenfalls anfallen, um die gespannten Verhältnisse zwischen Travemünde-Stadt und Strand nicht noch zu verschärfen. Luft- und Sonnenbäder müssen ebenfalls errichtet werden; sie sind ein Zugmittel für den Badeort. Auch sind die klimatischen Verhältnisse Travemüdes so gut, daß die Errichtung eines Winterkurortes in Betracht kommen kann. Freilich müssen die Zugverbindungen bedeutend besser werden, denn heute sind sie geradezu traurig. Die Kosten für den Baderkommissar kann der Badeort selbst aufbringen. Vor allem vertritt der Preis für das einzelne Bad eine Erhöhung. Heute werden 30 Pfg. verlangt, in anderen Bädern wird hierfür bis 75 Pfg. bezahlt. Die Kurkarte muß auch geändert werden. Die bisherigen fünf freien Tage sollte man auf drei herabsetzen. Der Wächter der Strandkörbe zählt nur 600 Mk. Pacht und nimmt dafür große Summen ein; daran könnte der Staat auch mehr Nutzen haben. Der Redner wünscht ferner den Verkauf von Werbemarken an die Hoteliers und ist der Überzeugung, daß die Muffel nicht so viel Unkosten verschlingen darf, um so mehr, als die Muffel nicht immer den Ansprüchen einer Promenadenmuffel entsprechen habe. Senator Wack ersucht bei dieser Vorlage die Muffelfrage auszuschalten. Der Vertrag von 22 500 Mk. war wohl zu hoch, aber um die Muffel zu erhalten, mußte er ausgegeben werden. Im übrigen ist der Zeitpunkt gekommen, einen Baderkommissar anzustellen, weil sich die Verhältnisse geändert haben, er wird für den Badeort nur von Vorteil sein. Der Wäckerpreis kann erhöht werden; ob die Kurkarte nach den Vorschlägen des Vorredners geändert werden soll, muß erst noch geprüft werden. Giesemann tritt für die Vorlage ein; der Baderkommissar könne eine ersprießliche Tätigkeit entfalten, ohne daß ein Konversationshaus errichtet werden müsse, wie früher angenommen worden sei. Wir erhoffen vom Baderkommissar wesentliche Vorteile für Travemünde, alle Interessenten sind von der Notwendigkeit der Anstellung eines Kommissars überzeugt. Giesemann weist darauf hin, daß Stückweise Gesetzmacherei nicht von Vorteil sei und doch scheine man hier wieder auf diesem Wege zu sein. Im Mai habe man von Senatsseite hervorgehoben, ein Kommissar ohne Errichtung eines Konversationshauses sei nicht möglich. Jetzt scheine man Stückweise zu fordern, um so allmählich das Ganze zu erlangen. Vor allem fehle ein großer Plan, aus dem man ersehe, was denn überhaupt in Zukunft beabsichtigt sei. Die Zunahme des Baderortes Travemünde sei nicht auf das Konto des freiwilligen Baderkommissars zu setzen; die Besuchszahl der Baderorte steige überall. Stellen wir den Kommissar fest an, wird in zwei Jahren sicher ein Antrag auf Errichtung eines Konversationshauses kommen. Ein Baderkommissar verleihe die Verkehrsverhältnisse doch nicht besser, deswegen brauche er nicht angestellt zu werden. Die Kellame müsse selbstständig ganz bedeutend erweitert werden, aber dazu brauche man doch keinen Baderkommissar; wir brauchen uns doch nicht das Armutzeugnis ausstellen, daß wir selbst keine Kellame machen können. Wohnungsnachweis, Luft- und Sonnenbäder könnten wir doch ebenfalls einrichten, ohne erst einen Beamten anzustellen. Mit dem Winterkurort sei es eine eigene Sache. Für das Vergnügen brauchten wir nichts anderes als einen tüchtigen Mann, der weiter nichts zu sein brauche als ein liebenswürdiger Schwärmer, der von Blume zu Blume, von Reich zu Reich Schwirre (Große Heiterkeit), mit einem Wort einen Vergnügungsdirektor. Für Travemünde müsse eine besondere Behörde geschaffen werden, um den verschiedenen Faktoren gerecht zu werden, das sei besser als ein Baderkommissar, den sich nur wenige Baderorte leisten, Bäder, die weit größeren Anspruch hätten als Travemünde. Vor allem müßten Waldanlagen geschaffen und der Strand verbessert werden. Soll der Baderkommissar aber alle die Aufgaben erfüllen, die ihm gestellt werden, könne er mit der ihm ausgesetzten Summe nicht auskommen, wohl aber ein Vergnügungsdirektor, dem 2000 Mark für die Monate Mai bis August bewilligt würden. Den Baderkommissar bittet Redner abzulehnen, weil er uns zu Kosten treibe, die wir gar nicht abgeben können. Senator Wack kann einen großzügigen Plan heute nicht geben; man müsse sich auf den realen Boden stellen und fragen, was der Kommissar alles zu leisten habe, und da müsse man sagen, daß ihn eine ganz erhebliche Arbeit erwarte. Im übrigen hätten sich die Verhältnisse gegen früher geändert und da habe auch der Senat seine Ansicht einer Revision unterzogen. Travemünde habe sich außerordentlich gehoben, die Einkommensteuer sei in den letzten fünf Jahren um 10 Prozent gestiegen, die Vermögensabgabe um 55 Proz. und die Wertzuwachssteuer habe 1909 über 10 000 Mk. getragen. Wichtig: Eine unbedingte Notwendigkeit für die Anstellung eines Baderkommissars können meine Freunde nicht aus der Begründung der Vorlage und den geäußerten Darlegungen nicht ersehen. Die Bürgerschaft tut gut, die Vor-

lage abzulehnen. Die Anstellung verschiedener Beamter, die aus der Bürgererschaft gefordert wurde, ist wichtiger als ein Badekommissar für Travemünde. Auf unsere diesbezüglichen Vorschläge beim Senat ist man nicht eingegangen. Ich erinnere nur daran, daß die Bürgererschaft unsern Vorschlag, einen Gewerbeinspektor im Hauptamt anzustellen, nicht gefolgt ist. Aus den Darlegungen der Redner und des Senats ist nicht hervorgegangen, daß die Anstellung eines Badekommissars unbedingt notwendig ist. Es ist sonst immer gewünscht worden, man möchte sparen, besonders Herr Jenne hat dies betont. Hier ist Gelegenheit, wo man sparen kann und hier ist auch der richtige Ort dazu. In der Vorlage, mit der sich Herr Schiemann hier eingehend beschäftigt hat, wird als die Aufgabe des Badekommissars besonders die Reklame, Ausstellungserstellung hervorgehoben; Herr Grünau will gar die Verwaltung eines Wohnungswesens dem Badekommissar übertragen. Ich bin der Meinung, daß dies alles viel besser durch eine gute Verwaltung geschehen kann. Damit will ich nicht sagen, daß die Verwaltung in Travemünde nicht geordnet ist, aber die notwendige Einheitlichkeit fehlt. Herr Goldschmidt hat dies auch treffend in seiner Broschüre, die ja allen Bürgerchaftsmitgliedern zugegangen ist, zum Ausdruck gebracht. Die Frage der Verwaltung muß zuerst geregelt werden. Ich will auch darauf hinweisen, daß das, was wir hier zu bewilligen haben, nur ein Anfang ist. Es fordert werden für den Badekommissar 4000 Mk., 1500 Mk. für Diensträume und 500 Mk. für Reisekosten. Bei diesen Kosten hat es aber nicht sein Bewenden. Ist der Badekommissar erst einige Zeit im Amte, wird er mit Gehaltserhöhung kommen, mit der Forderung auf feste Anstellung und Pensionsberechtigung. Dazu kommt ferner, daß der Badekommissar Arrangements und Vergütungen kostspieliger Art vorschlagen wird. Die Kosten dafür muß dann der Staat tragen. Es wird dann auch nicht angängig sein, daß das Finanzdepartement diese Vorschläge ablehnt und deshalb werden auch in dieser Beziehung aus der Anstellung des Badekommissars große Kosten erwachsen. Herr Grünau meint, ein Teil der Kosten, die der Badekommissar verursacht, könnte durch Erhöhung der Wasserpreise eingebracht werden. Ich halte dieses für sehr bedenklich, und muß mich entschieden dagegen wenden, weil ich fürchte, die Frequenz des Bades leidet darunter, und weil ich nicht wünsche, daß den Minderbemittelten die Gelegenheit genommen wird, in Travemünde gelegentlich ein Seebad zu nehmen. Der Senat meint freilich, 5 Pfennige mehr würden nichts ausmachen. Da bin ich denn doch anderer Meinung. Gerade weil alles andere im Preise so hoch gestiegen ist, darf man hier nicht auch noch verteuern. Die Gründe, die gegen die Anstellung sprechen, sind hier schon zum Ausdruck gebracht worden. Ich will mit einem Vers von Wilhelm Busch schließen, der sagt:

Das Gute, dieser Sag steht fest.
Ist stets das Böse, das man läßt.
Indem wir das Böse, das der Senatsantrag in sich schließt, lassen und den Senatsantrag ablehnen, haben wir das Gute für den Staat bewirkt.

Senator Kabe: Für uns kann ein Badekommissar als fest angestellter Beamter, mit Pensionsberechtigung nicht in Frage kommen. Den Gärten, die am Sonntag von Hamburg kommen und 4 bis 6 Mk. für die Bahnfahrt bezahlen, kann es nicht darauf ankommen, ob sie für das Bad 80 oder 40 Pf. bezahlen.

Schorer: Vor einigen Jahren sprach der Senat gegen die Anstellung und jetzt bringt er selbst den Vorschlag. Ich bin gegen den Antrag, weil wir immer mehr Ausgaben dadurch haben. Lehnen Sie den Kommissar ab.

Senator Kabe (meist unverständlich) spricht zugunsten der Anstellung eines Kommissars.

Senator Fehling: Auf Antrag Dr. Zehl ist im Bürgerausschuß festgestellt worden, daß sich der Kommissar nicht zum Beamten auswaschen darf. Sie haben es ja jedes Jahr in der Hand, ihn wieder abzuschaffen. Das Ganze ist nur ein Versuch.

Haben der er d e tritt für die Vorlage ein; die Reklame für Travemünde und Lübeck sollte zusammen gemacht werden, denn beide Städte haben gemeinsame Interessen. Andere Mängel, die größeren Fremdenverkehr haben als Lübeck, machen eben größeren Aufwand, um den Zugang zu fördern. Redner führt eine Anzahl Fälle an, aus denen hervorgeht, daß auswärts für Reklame bedeutend mehr getan wird als in Lübeck und Travemünde; die anderen Gegenden bieten aber keinesfalls mehr als Lübeck. Keine Stadt Deutschlands ist in der Lage, ein so schönes Bild den Fremden zu bieten wie gerade Lübeck, das durch seine Geschichte schon Anziehungskraft besitzt. Der Redner will den Badekommissar auf fünf Jahre angestellt wissen.

Senator Kabe: Für beide Orte kann der Kommissar nicht zugleich tätig sein; die Frage darf nicht zusammen verquickt werden.

Aug. Pape: Wenn wir alles das machen wollen, was große Bäder machen, können wir uns gleich begraben lassen. In Schulden haben wir uns gerade genug gestürzt. Wenn doch o p f e r w i l l i g e Persönlichkeit in Travemünde vorhanden sind, sollen sie sich in den Dienst der Sache stellen. Daß der Kommissar nur auf ein Jahr bewilligt werden soll, verhängt bei mir nicht. Wird er heute bewilligt, haben wir ihn für ewige Zeiten. Der freiwillige Kommissar ist eben nicht so rasch angestellt worden, und dann ist er gegangen; wir sind an seine Person gebunden und können ruhig die Angelegenheit kommissarisch prüfen. Schließlich kann Neu-Travemünde die Kosten tragen, das allein den Vorteil davon hat. Die Rede vom Sparen ist in der Bürgerchaft zur Bräse ausgeartet, ich gebe darauf nichts mehr. Es ist ein Armutsgewinn für unsere Behörden, wenn gesagt wird, wir brauchen notwendig einen Badekommissar für alle möglichen Zwecke. Man sollte erst eine bessere Verwaltung schaffen. Die Baudeputation wollte am 1. Oktober die Badeanstalt abschließen und das Finanzdepartement hat die Saison bis zum 15. Oktober ausgeschrieben. Das sind Verhältnisse, die nicht vorkommen sollten. Besser wäre auch, man würde in Travemünde mehr kleinere Häuser bauen, als große. Redner wendet sich gegen die Verteuerung des Badepretes und meint dann, für den Wollen des Vergütungsdirektors, den Schiemann wünscht, könnte man ja auch einen Sänger und Schauspieler nehmen, der in Lübeck so beliebt ist.

Senator Kabe bestreitet, daß die Anstellung auf eine bestimmte Persönlichkeit zugeschnitten war wie Pape wiederholt behauptet habe.

Lippert: Bei dieser Vorlage trifft die stückweise Gesetzesmacher nicht zu, wie Herr Schiemann behauptet hat. Hier soll es sich nur um einen Versuch handeln. In absehbarer Zeit werden sich die Verwaltungsverhältnisse in Travemünde doch ändern, so daß man dann mit einem Vergütungsdirektor auskommen kann. Vorläufig muß aber die Vorlage angenommen werden.

Grünau: Ich habe nur einen Vorschlag gemacht, nämlich die Bäder zu erhöhen, und bin nicht wie Herr Schiemann vorgeworfen hat, für die Erhöhung eingetreten. Redner streift im weiteren die Ermüde der verschiedenen Redner und tritt für die Anstellung des Kommissars ein.

Schiemann: Schwere Gesetzesmacher trifft hier ganz besonders zu, denn es geht vor allem an einer einheitlichen Organisation, die erst geschaffen werden muß, soll etwas Erprobliches entstehen. Lübeck hat Männer genug

die sich der Aufgabe widmen können, eine Zentralstelle zu bilden. Im übrigen ist Redner ganz entschieden gegen die verlockende Anstellung, die doch eine dauernde Einrichtung bleibe, das beweisen die Erfahrungen, die er bis jetzt in der Bürgerchaft gemacht habe. Er fordert Kommissionsberatung.

Senator Kabe tritt den Ausführungen entgegen, ist aber nicht zu verstehen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, die von Schiemann angeregte Kommissionsberatung abgelehnt.

In der Einzelberatung stellt Schiemann den Antrag, einen Vergütungsdirektor mit 2000 Mark Gehalt anzustellen, dem Meinte aber entgegentritt und die Senatsvorlage empfiehlt. Der jetzige Zustand, daß der letzte Zug in Travemünde-Stadt nicht hält, muß abgeändert werden, er schafft viel böses Blut. Überhaupt muß der Senat dafür eintreten, daß jeder Zug in Travemünde-Stadt hält.

Senator Kabe: Der Senat hat mit der Durchführung des Zuges nichts zu tun.

Aug. Pape: Die Ausführungen von Meinte sprechen für Kommissionsberatung. Der Herr Senator hat gesagt, daß dem Herrn, der in diesem Sommer als Badekommissar fungierte, nicht die Möglichkeit genommen werden dürfe, sich um den Wollen zu bewerben.

Senator Kabe: Die Ausführungen des Vorredners habe ich schon im Bürgerausschuß zurückgewiesen.

Aug. Pape: Die Antwort des Senators bestätigt meine Forderung, endlich im Bürgerausschuß einen Stenographen anzustellen und die Sitzungen öffentlich zu halten. Der Antrag des Senates wird angenommen.

Von Dr. G. B. wird ein mit 79 Unterschriften unterzeichneter Antrag eingebracht, der dahin geht, die Bürgerchaft möge das Ersuchen an den Senat richten, dieser solle der Bürgerchaft eine Vorlage entgegenbringen, die eine Platerbliebenversorgung der Senatoren regelt.

Die Sitzung, welche die nicht erledigte Tagesordnung aufzuarbeiten hat, findet am Montag, dem 19. Dezember statt. Schluß 11 1/2 Uhr.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress.

Die Gäste des Kongresses aus England und Kanada wurden, wie üblich, reich beschenkt. — Die seit dem Denver-Kongresse bestehende Fortbildungsschulkommission unterbreitet einen längeren Bericht, in der der gewerbliche Fortbildungsschulunterricht gefordert wird. Die Kommission, die zu diesem Zwecke große Erhebungen angestellt und sich mit Parlamentarier in Verbindung gesetzt hat, wird ihre Arbeiten fortsetzen. — Nach Erledigung einer Anzahl Grenzstreitigkeiten und nachdem ein Delegierter aus Winnipeg (Kanada) den Versuch der russischen Regierung, einen dort auf ihre Verantwortung verhafteten Flüchtling und Mitglied der ersten Duma, Sarva Federenko, ausgeliefert zu erhalten, geschildert hatte, wurde die von den kanadischen Gewerkschaften in Gese gefestigte Gegenaktion unter großem Beifall einstimmig gutgeheißen.

Der neue Kongress tag wurde völlig mit der Erledigung von Grenzstreitigkeiten ausgefüllt. — Die Frage des Anschlusses der Western-Federation of Miners (Bergarbeiter), die dann aber den Einspruch aller im Bergbau Beschäftigten verlangen, so wie dies schon den bisher angeschlossenen United Mine Workers gewährt war, beschäftigte den Kongress sehr eingehend am zehnten Verhandlungstage, doch mußte sie schließlich erneut auf den nächsten Tag vertagt werden.

Ein Antrag der Newyorker Gewerkschaften, eine Agitation einzuleiten zur Abänderung der Konstitution der Vereinigten Staaten in der Weise, daß die Rechte der Arbeiterklasse gewährleistet und alle möglichen Einhaltsbefehle unmöglich gemacht werden, und der u. a. mit dem zunehmenden Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit begründet war, wurde glatt abgelehnt, doch soll die sogenannte „Wilson-Bill“, die sich gegen die Übergänge der Gerichte wendet und die Errichtung eines Arbeitsministeriums vorseht, propagiert werden. Angenommen wurde auch ein Antrag, der sich gegen die Konkurrenz und Schleuderpreise der Gefängnisarbeit wendet, sowie ein anderer, der zur finanziellen Unterstützung der streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in Chicago auffordert. Die Sympathie und Unterstützung des Kongresses wurde in gleicher Weise den streikenden 7000 Tabakarbeitern in Tampa (Florida) ausgesprochen, wo eine Art freiwilliger Bürgerwehr im Einverständnis mit den Behörden ein Schützenregiment führt, die Arbeiterführer sämtlich gefangen hält, ihre Bureaus mit Gewalt geschlossen hat usw., so daß die Organisationsfähigkeit völlig unterbrochen war. Als völlig zwecklos wurde es bezeichnet, den Rechtsweg dagegen zu beschreiten, denn die Unternehmer würden jeden tüchtigen Anwalt, an den die Arbeiter sich wenden könnten, sofort bestechen.

Einem Antrage des Wasserverbandes wurde zugestimmt, der sich gegen die Zulassung für Ausländer angeworbener Arbeiter wendet, die bisher von den Einwanderungsbehörden unbettingt gelassen sind. Um die Gewerkschaften innerhalb der einzelnen Industrien näher zusammenzubringen, soll eine besondere Kommission dem nächsten Kongress Vorschläge auf Schaffung weiterer Industrie-Departements machen. Besondere Genugtuung wurde über die Fortschritte der Bewegung für das Einwanderungsverbot der gelben Rassen zum Ausdruck gebracht. Ebenso wurde die Erklärung im Bericht des Gewerkschaftssekretariats wurde mit Befriedigung aufgenommen und beschlossen, zur nächsten internationalen Konferenz in Budapest einen Delegierten zu entsenden mit dem Antrage, die in Paris (1909) vorgelegten Anträge auf Schaffung eines Arbeitsbundes der Welt und auf Fernhaltung des Zuganges in Länder, in denen Arbeiter im Streite stehen, erneut zu vertreten.

Die Gewerkschaftsmarte, die in manchen Gegenden arg mißbraucht wird, in anderen wiederum keinerlei Bedeutung erlangen konnte, beschäftigte den Kongress am ersten Verhandlungstage. Um die Herkunft der gezeichneten Waren nachprüfen zu können, soll die Marke möglichst auf Stoff gedruckt sein und die Sektionsnummer in roter Farbe enthalten, doch lehnte man den Antrag, eine einheitliche Schutzmarke einzuführen, ab, weil für eingeführte Waren dadurch an Wert verlieren würden. Nach Erledigung von Statutenänderungen wurde die Anschließfrage der Bergarbeiter des Westens erneut aufgenommen. Vizepräsident O'Connell verteidigte den Standpunkt, daß die Rechte der Maschinenführer und anderer Gewerkschaften entgegen den Statuten des Bundes beanstandet werden, wenn die in Bergwerken handlicke beschäftigten Arbeiter aller Kategorien der Bergarbeiterorganisation zugelassen würden. Präsident Comper entschied im gegenteiligen Sinne und dieser Auffassung trat auch der Kongress bei. Mit 7792 gegen 2107 Stimmen bei 529 Stimmenthaltungen wurde schließlich beschlossen, die Angelegenheit dem Zentralvorstande zur endgültigen Regelung zu überlassen. Damit sind die Bergarbeiter

nominal dem Bunde angeschlossen. Einstimmig beschloß man darauf eine Protestresolution gegen die durch die Presse verbreitete falsche Notiz, daß Compers sich gegen die Organisation der Regier gewandt habe. In der Resolution wird erklärt, daß der Gewerkschaftsbund sich nach wie vor bemühen wird, alle Arbeiter ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Nationalität, religiöse oder politische Anschauung zu organisieren.

Die Vorstandswahlen ergaben, einstimmige Wiederwahl Compers zum Präsidenten, wie auch der übrigen Funktionäre. Zur internationalen Konferenz in Budapest wurde der Erste Vizepräsident J. Duncan gewählt. Der nächstjährige Kongress des Gewerkschaftsbundes wird in Atlanta stattfinden.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

In der Verhandlung am Montag wird zunächst der Fall Bilz-Kragat weiter erörtert. Eine Zeugin will vom Balkon der dem Bilzischen Lokal gegenüber liegenden Wohnung gesehen haben, daß am 24. September, als Kohlenwagen von Kupfer u. Co. von der Menge angehalten und die Führer beschimpft wurden, Bilz in hervorragender Weise sich an der Verhöhnung und Beschimpfung der Polizei beteiligt hat. Mehrere andere Zeugen bekräftigen jedoch, daß Bilz zu fraglicher Zeit garnicht anwesend war, sondern seinen alltäglichen Mittagschlaf gehalten hat. Darauf stellt Rechtsanwalt Liebnecht den Antrag der Haftentlassung des Bilz und Kragat. Staatsanwalt Stelzner widerspricht der Haftentlassung des Bilz sehr energisch, da für Bilz eine sehr hohe Strafe zu erwarten sei; die des Angeklagten Kragat stellt er dem Gericht anheim. Das Gericht will später Beschluß fassen.

Vorher nun zum allgemeinen Teil wieder übergegangen wird, bittet der Vorsitzende um mögliche Einschränkung der Beweisanträge; es sind bereits jetzt im Laufe der Verhandlung nicht weniger als 68 gestellt. Rechtsanwalt Heine bemerkt, daß die Verteidigung der Anregung des Vorsitzenden in vollstem Maße entsprechen wolle, aber auf eins könne die Verteidigung nicht verzichten, zumal nach der Sonnabendrede des Reichskanzlers. Die Verteidigung müsse den größten Wert darauf legen, festzustellen, daß Polizeibeamte vom ersten Tage an sich nicht darauf beschränkt haben, das Eigentum von Kupfer und den Verkehr zu schützen, sondern rücksichtslos auch harmlose Straßenpassanten mißhandelt, daß die zweckwidrigen Absperrungen und Menschenjagden die Bevölkerung gereizt und die Reiterien des Aufruhrs, nämlich das Zusammenlaufen der Menge erst geschaffen habe, daß ganz Unbeteiligte, selbst in verkehrslosen Straßen, von Beamten beschimpft und mißhandelt worden sind, zum Teil durch Überfälle von hinten und daß die Massenhaftigkeit dieser Fälle beweise, daß es nicht einzelne Mißgriffe gewesen sind, die in der Eile vielleicht entschuldbar gewesen wären, sondern daß viele Beamte in gewollter und bewußter Weise so gehandelt haben. Dieser Beweis sei unbedingt notwendig, nachdem der Reichskanzler erklärt hat, die Polizeibeamten hätten nichts weiter als ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Zwar werde diese Äußerung, die ja außerhalb des Gerichtssaales gefallen ist, die Richter sicherlich nicht beeinflussen, aber sie beeinflusse doch jedenfalls den Staatsanwalt, dessen höchster Vorgesetzter der preußische Ministerpräsident ist.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht betont demgegenüber, daß auch sein Verhalten nur durch die Ereignisse im Gerichtssaal bestimmt werde, aber schon jetzt seien doch viele Vorgänge durch Gegenzeugen zugunsten der Polizei aufgeklärt, zum Beispiel der Vorfall mit dem alten Mann, der von einem Schuhmann niedergeschlagen sein soll. Er glaube daher, daß man die Beweisaufnahme erheblich einschränken kann.

Rechtsanwalt Heine betont demgegenüber, daß der von dem Staatsanwalt erwähnte Vorfall keineswegs zugunsten der Polizei aufgeklärt ist und bemerkt, daß die Verteidigung, nachdem der Mann, welcher zum obersten Hüter des Rechts berufen ist, öffentlich gesagt hat, die Polizei habe nur ihre Pflicht getan, sich geradezu imstande der Notwehr befände und daß es daher nicht Schuld der Verteidigung ist, wenn die Verhandlungen ausgedehnt werden.

Nach der Pause verkündet der Vorsitzende, daß das Gericht beschloffen hat, den Angeklagten Kragat aus der Untersuchungshaft zu entlassen, den Angeklagten Bilz dagegen weiter in Haft zu behalten, da die Gründe für die Haft noch weiter fortbestehen. In der Beweisaufnahme werden dann einige Schützzeugen der Polizei vernommen, ein Kammergerichtsrat und andere, die die Polizei nur ruhig und besonnen haben vorgehen sehen, auch ein Sekurktor, der jedoch seiner Verwunderung Ausdruck gibt, daß so viele seiner Bekannten ihm über Mißhandlungen seitens der Polizei, die er gesehen, etwas erzählt haben. Aber auch andere Zeugen kommen zu Wort, so der Rechtsanwalt Balkin. Derselbe bezeichnet sich als einen königstreuen und patriotischen Mann, der das deutsche Volk und den Kaiser über alles liebe. Aber er war geradezu entsetzt über die grauenhaften Mißhandlungen, welche Schulleute an Wehrlosen verübt haben. Er hat vom Balkon seiner Wohnung vier bis sechs stehende Menschen verfolgt von Schulleuten gesehen, zu jener Zeit war ein Aufstand nicht vorhanden. Die stehenden wurden von den Schulleuten niedergeschlagen und auch, als sie schon am Boden lagen, wurde in barbarischer Weise auf sie eingeschlagen. Der Zeuge ist ferner, Enttäuschung lebhaften Ausdruck, selbst wenn die Betroffenen die schmerzlichen Verletzungen erdulden würden, so wäre es geradezu sinnlos, in solch einer entsetzlichen Weise auf sie einzuzutreten. Großen Eindruck macht auch der letzte Montag vernommene Zeuge, Köppler S. n. f. Der Mann kam mit seiner Frau in der Nacht zum 29. September von einem Besuch nach Hause und wollte zwischen 12 und 1 Uhr in seine Wohnung in der Wittkötterstraße, die zu dieser Zeit fast menschenleer war; nur Schuhmannsketten fanden in der Straße. Vor seiner Wohnung bemerkte er, daß er den Haus Schlüssel vergerissen hatte. Er ließ deshalb keine Frau, vor der Wohnung warten und wollte den Nachwächter suchen. Unbeschäftigt kam er durch die Schuhmannskette, aber nachdem er sie passiert, wurde er von einem Nachwächter angehalten. Das haben Sie auf der Straße zu sehen, schreien Sie mir fort. Er vermittelte, es mit einem Kriminalbeamten zu tun zu haben und antwortete höflich: Ich wohne hier, habe meinen Haus Schlüssel vergessen und suche den Nachwächter. Als Antwort bekam er von einem Kriminalbeamten einen Schlag mit einem Gummiknüppel über den Kopf. Der Kriminalbeamte winkte dann, ohne uniformierte Schulleute herbei und der Mann wurde von vier Schulleuten, in barbarischer Weise mit den Säbeln mißhandelt. Er blieb ohnmächtig liegen und hörte brachten ihn zwei andere Schulleute, die ihn liegen sahen, nach der Unfallstation. Der Mann hat damals Wochen im Krankenhaus gelegen, ist aber auf Reconvaleszenz zum Krüppel geworden.

Darauf wird die Sitzung auf Dienstag 7/10 Uhr vertagt.

Aus der Partei.

Herzliche Bitte! Der Kampf der Berlmutternopfmacher in Frankenhäusern dauert jetzt bereits die 16. Woche! Nach wie vor stehen die Streikenden fest, wie bei Beginn des Kampfes. Aber das Ziel der außerhalb des Berufes stehenden Leitung der Arbeitgebergruppe scheint jetzt weniger zu sein: Abwehr der nur zu berechtigten Lohnforderungen, als vielmehr: Verhinderung der Organisationsaktion! — Und mitten in diese Zeit des Kampfes fällt das Weihnachtsfest! Zwar hält die Organisation mit ihren Mitteln die äußerste Not von den Lären der Kampfbereiten fern, gleichwohl aber reicht die Unterstützung, die der einzelne erhält, nicht dazu, um den Kindern an diesem „Feste der Liebe“ eine Freude bereiten zu können. Hier gilt es einzugreifen, hier gilt es ein Beispiel von Solidarität zu geben. Die Frankenhäuser Arbeiterschaft hat stets und zu jeder Zeit nicht nur prinzipiell an der Spitze der modernen Arbeiterbewegung gestanden, sondern sie hat auch bei allen Gelegenheiten ihre Gefebfreudigkeit und ihren Opfermut praktisch bewiesen, wenn es galt, die Opfer kapitalistischen Drogens zu unterstützen und zu erfreuen. Deshalb ergeht an alle, die ein Herz für die Kleinen haben, die herzlichste Bitte, ihr Scherlein dazu beizutragen, daß den Kindern der Ausständigen eine kleine Weihnachtsfreude bereitet werden kann. Groß ist ihre Zahl. Parteigenossen, beweist nun, daß die Arbeiterschaft auch ihrer nicht vergißt. Wer schnell gibt, gibt doppelt! Wir bitten deshalb alle, welche ihrer Solidarität Ausdruck geben wollen, ihren Beitrag möglichst schnell an den untenzeichneten Verlag zu senden, der alles gern an die richtige Adresse abführen wird.

Der Verlag des „Volksblatts“,
Saalfeld (Saale).

Gewerkschaftsbewegung.

Die Antwort der Bergwerksdirektion auf die Bergarbeiterforderung. Die königliche Bergwerksdirektion für das Ruhrgebiet in Recklinghausen hat dem alten Bergarbeiterverband auf die auch ihm eingereichten Bergarbeiterforderungen eine ablehnende Antwort erteilt. Für Regelung der Lohnverhältnisse setzen die Arbeiterausschüsse da, die knappschaftlichen Angelegenheiten gehören jedoch nicht zu deren Kompetenz.

Zum Kampfe in der Forstheimer Edelmetallindustrie. Die badische Regierung hat beiden Parteien ihre Vermittlung angeboten. Die Unternehmer haben ihr Erscheinen zu Verhandlungen in einer Zuschrift brüst abgelehnt. Die Vertreter der Arbeiter haben in einer zweifelhafte Aussprache mit dem Regierungsvertreter diesem die Situation geschildert und über die Möglichkeit einer Verständigung keinen Zweifel gelassen. Die Schatzmacher unter den Unternehmern sind übrigens freilich. Der Zusammenhalt der Streikenden ist musterhaft und ihre Stimmung zuversichtlich; sie sind gewillt, den Unternehmerterrorismus zu überwinden und sie werden ihn überwinden.

Eine kräftige Antwort auf die gelbe Wahlmanie haben die Arbeiter der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Naumann in Dresden. Eine von über 1000 Arbeitern der Firma besuchte Versammlung, in der der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes in Sachsen, Genosse Paack, referierte, nahm einstimmig eine Resolution an, in der das Verfahren der Firma und der Gelben bei der Krankenkassenwahl eine Wahlmanie aller schlimmster Art genannt und deren Annullierung von der Aufsichtsbehörde verlangt wird. Des weiteren wird in der Resolution gegen den von der Firma gegen neuereintretende

Arbeiter geliebten Terrorismus protestiert. Diese werden nur eingestellt, wenn sie dem gelben Werkverein beitreten. Die Verhandlung des Metallarbeiterverbandes wird beauftragt, geeignete Gegenmaßnahmen zu veranlassen. Es wird ferner konstatiert, daß die in der Versammlung anwesenden Arbeiter, soweit sie dem gelben Werkverein angehören, zum größten Teil dazu gezwungen wurden, um ihre Arbeitsstelle zu erhalten. Inzwischen ist gegen die Krankenkassenwahl ein von über 500 Arbeitern unterschriebener Protest an die Aufsichtsbehörde abgegangen. — Die gelbe Herrlichkeit ist somit bei der Firma Seidel u. Naumann schon nach wenigen Jahren gründlich zusammengebrochen. Sie steht auf derselben Stelle, wie vor dem letzten großen Streik. Nur der brutalste Terrorismus hält noch das schwanfende gelbe Gebäude.

Kommunales.

Ein Wahlkuriosum. Mit einer von drei abgegebenen Stimmen zum Gemeinderatsmitglied gewählt; dieser Vorfall dürfte bis jetzt noch einzig dastehen. In Sachsen und zwar in Kempesgrün bei Auerbach hat er sich bei der diesjährigen Gemeinderatswahl ereignet. Durch Hummel des Gemeindevorstandes und des Gemeindevorstellers war die Wahl ungenügend bekannt gemacht worden, und so erschienen von 79 eingeschriebenen unansässigen Wählern ganze drei rechtzeitig zur Stimmabgabe. Von diesen 3 wählte jeder einen anderen Kandidaten. Da aber nur ein Unansässiger zu wählen war, so mußten die drei „einstimmig“ gewählten Kandidaten um das Mandat lösen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und
Kommissionssitzungen“

Achtung!

**Gefangener
der Zimmerer.**

Mittwoch abend präzis 1/28—9 Uhr
Gefangstunde.
Der Obmann.

Sonntag morgen entschließ sich nach kurzer, mit Geduld ertragenen Krankheit unsere herzengute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urahmutter **Ww. Elise Behncke** geb. Lüth im 84. Lebensjahre. Betrauert von ihren Kindern und allen die ihr nahe standen.
Karl Stehn und Frau, geb. Behncke, Vorbeckstr. 14
Fritz Behncke und Frau, S.-B.-A. (Uraas).
Trauerfeier Donnerstag den 15. Dez., nachm. 1 1/2 Uhr in der Kapelle Vorwerk.

Heute morgen um 8 Uhr nach schwerem Kampfe unsere liebe Tochter **Sophie**, im Alter von 1 Jahr 1 Monat. Auf's tiefste betrauert u. schmerzlich vermisst von ihren Eltern und Geschwister. Familie Bunge.

Arbeiterinnen

Abteilung Mähderei
gesucht.
August Schumacher.

Ausstellung und Verkauf

von modernen Jugendschriften, empfehlenswerten Büchern in allen Preislagen und künstlerischem Wandschmuck, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 4, parterre.

Die Ausstellung ist geöffnet:

Mittwoch, den 14. Dezember, ab 7 Uhr abends,
Sonntag, den 17. Dezember, ab 5 Uhr nachm. und
Dienstag, den 19. Dezember, ab 7 Uhr abends.

So ein echter

Hansa-Kuchen erfreut nicht nur den Magen sondern auch das Herz. Echt Hansa-Backpulver überall erhältlich.

Nährmittel-Fabrik Hansa
Schäfer & Wilms, Hamburg

Gratis 1 Dose
11. Cakes für 50
ausgeschickene
Hansa-Brot.



HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

HANSA

Senator Dr. Vermehren, Stellvertreter. Richter Rat. Senator Dr. Eschenburg, Vorsitzender. Senator Dr. Vianau, Senatsausschuss für Gewerbe- und Verfahrungsweisen. Senator Dr. Eschenburg, Vorsitzender. Senator Kulenkamp, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Blesing, Senator Besehl, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geister, Stellvertreter. Reservatkommission und Rathausverwaltung. Senator Dr. Vermehren, Vorsitzender, Rathsherr. Senator Rabe, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geise, Kommissar für Eisenbahnen, Post- und Telegraphenangelegenheiten. Senator Dr. Eschenburg, Senator Heinrich Evers, Stellvertreter. Kommissar für die Deutsche Seewarte. Senator Friedrich Ewers, Kommission für Handel und Schifffahrt. Senator Dr. Eschenburg, Vorsitzender. Senator Friedrich Ewers, Senator Besehl, Senator Heinrich Evers, Senator Rabe, Senator Straß, Senator Dr. Kalkbrenner, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geister, Kommissar für die Börse. Senator Dr. Fehling, Kommission für die Vorse. Senator Dr. Vermehren, Vorsitzender. Senator Straß, Senator Dr. Kalkbrenner, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geise, Militärkommission. Senator Besehl, Senator Dr. Neumann, Vorsitzender. Senatssekretär Regierungsrat Dr. Blesing, Zivilvorsitzender der Oberer Kommission. Senator Besehl, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Blesing, Stellvertreter. Beamtenkommission. Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Heinrich Evers, Senator Dr. Vermehren, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geise, Kommission für Angelegenheiten der Armenverbände. Senator Dr. Vermehren, Vorsitzender. Senator Dr. Kalkbrenner, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Lange, Senator Dr. Stoos, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Blesing, Stellvertreter. Retursbehörde in Gewerbe- und Handelssachen. Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Heinrich Evers, Senator Dr. Vermehren, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geise, Kommission für Angelegenheiten der Armenverbände. Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Besehl, Senator Dr. Neumann, Vorsitzender. Senator Dr. Vianau, Kommissar für die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. Senator Dr. Neumann, Polizeiamt. Senator Dr. Neumann, Polizeiherr. Senator Dr. Vianau, Stellvertreter. Medizinalkollegium. Senator Dr. Neumann, Vorsitzender. Senator Dr. Vianau, Medizinalamt. Senator Dr. Neumann, Senator Dr. Vianau, Stellvertreter. Behörde für Wohnungspflege. Senator Dr. Neumann, Vorsitzender. Senator Dr. Vianau, Werk- und Zuchtshaus zu St. Annen. Senator Kulenkamp, Vorsitzender. Senator Dr. Neumann, Oberschulbehörde. Senator Kulenkamp, Vorsitzender. Senator Dr. Vermehren, Senator Dr. Kalkbrenner, Behörde für die Navigationschule und Kommission für die Seeschiffer, Seesteuermanns- und Seedampfschiffsmaschinenprüfungen. Senator Fried. Evers, Senator Dr. Kalkbrenner, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geise, Stellvertreter Finanzdepartement. Bürgermeister Eschenburg, Vorsitzender. Senator Dr. Fehling, Senator Rabe, Senator Dr. Kalkbrenner, Steuerbehörde. Senator Dr. Vermehren, Vorsitzender. Senator Rabe, Senator Straß, Senator Dr. Kalkbrenner, Deputation (Kotkenwesen). Senator Dr. Stoos, Vorsitzender. Senator Heinrich Evers, Senator Straß, Theaterbehörde. Senator Heinrich Evers, Vorsitzender. Senator Dr. Vermehren, Rechnungsbeförde. Senator Heinrich Evers, Vorsitzender. Senator Dr. Kalkbrenner, Behörde für das Feuerlöschwesen. Senator Dr. Stoos, Senator Dr. Neumann, Vorsitzender. Verwaltungsbeförde für städtische Gemeindeanstalten. Senator Friedrich Evers, Vorsitzender. Senator Straß, Senator Dr. Vianau, Friedhofsbeförde. Senator Dr. Vermehren, Vorsitzender. Senatssekretär Regierungsrat Dr. Blesing, Zentral-Armenanstalt. Senator Dr. Eschenburg, Vorsitzender. Senator Kulenkamp, Senatssekretär Regierungsrat Dr. Lange, Armenanstalt. Senator Heinrich Evers, Vorsitzender. Senator Dr. Vianau, Krankenhaus. Senator Straß, Vorsitzender. Senator Dr. Kalkbrenner, Irrenanstalt. Senator Rabe, Vorsitzender. Senator Dr. Kalkbrenner, St. Johannis - Jungfrauenkloster. Bürgermeister Eschenburg, Vorsitzender. Senator Kulenkamp, Heiligen Geist-Hospital. Senator Dr. Fehling, Vorsitzender. Senator Rabe, St. Brigitten-Stiftung. Senator Dr. Stoos, Vorsitzender. Senatssekretär Regierungsrat Dr. Geise, Von Brömbsen-Testamente. Senator Kulenkamp, Vorsitzender. Senator Rabe, Senator Straß.

Ein ungewolltes kaltes Bad im Elbe-Travelkanal nahm gestern nachmittag ein Mitglied des Opernchors unseres Stadttheaters. Der Herr wollte mit der Fähre unterhalb der Travenmännstraße nach der Stadt überfegen, verlor das Gleichgewicht und fiel aus dem Boot in die kalten Fluten. Glücklicherweise war der Unglückliche ein Schwimmer und konnte sich so vor dem Ertrinken retten.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, gelangt bei ermäßigten Mittwochspreisen außer Abonnement Restros-Gelangsposse „Lum-paciogabühndel“ über: „Das Lieberliche Kleeblatt“ zum letzten Male zur Aufführung. Am Donnerstag folgt Herr Erb vom Hoftheater in Stuttgart sein Gastspiel als Hoffmann in Offenbachs reizvoller Oper „Hoffmanns Erzählungen“ fort. Für Freitag, abends 8 Uhr, ist die Uraufführung der Komödie „Der Meister“ von Hermann Bahr festgesetzt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, gelangt Hofens wirkungsvolles Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft“ zur noch mahligen Aufführung.

Hamburg. Ein Betriebsunfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der Korkeisenfabrik, Wilhelmstraße 68a. Dort wurde der Geizer Wagmann, wohnhaft Hornerlandstraße 482, 2. Etage, beim Dampfblasen aus einem Kesselventil am ganzen Körper schwer verbrüht. W. wurde ins Marienkrankenhaus transportiert, wo er am Sonntag gestorben ist.

Hamburg. Gerüstesturz beim Eisenbahnenbau über die Elbe. Montag morgen 10 Uhr brach am zweiten Bogen an der Wilhelmshöher Seite des Brückenbaues zwischen Harburg und Wilhelmshöher ein Querbalken, auf dem die Gerüstbretter ruhen. Sechs darauf arbeitende Schloffer, Arbeiter und Arbeiterwärmer stürzten in die Tiefe, während des Sturzes auf Hindernisse aufschlagend und dann ins Wasser. Es war ein entsetzender Anblick, wie die Leute, zum Teil verlegt, im Wasser, um Hilfe schreiend, um ihr Leben rangten. Die an der Unfallstelle Beschäftigten eilten hinzu, warfen Holz-

stücke und Lawenden ins Wasser, um die Leute zu retten. So gelang es, fünf Personen zu retten. Einer war halbtot aus dem Wasser gezogen. Die Wiederbelebungsbemühungen blieben ohne Erfolg, so daß er halb darauf gestorben ist. Der Tote ist der jetzt 21 Jahre alte Schlosser Wegner, gebürtig aus Breslau. Da ihm das Blut aus dem Wunde lief, hatte es den Anschein, als wenn er innerliche Verletzungen erlitten habe. Ein Verunglückter wurde am Kopfe verletzt und einer trug Verletzungen am Arm und an der Brust davon. Ob Fahrlässigkeit vorliegt, wird die Untersuchung ergeben.

Kiel. Neue Steuererhöhung in Sicht? In den Kreisen der Stadtverordneten herrscht die Meinung vor, daß es wohl trotz der größten Sparsamkeit und Einschränkung nicht möglich sein wird, den städtischen Etat 1910-11, für den jetzt die Vorarbeiten im Gange sind, mit den jetzigen Steuerzuschlägen zum Balancieren zu bringen. Man rechnet bereits mit der Möglichkeit einer weiteren Steuererhöhung, und zwar einer Steigerung von 20 Prozent, also von 280 auf 250 Proz. für die Einkommen. — Christian Haase. Am Sonnabend ist in der Irrenanstalt in Schleswig der Bierverleger Chr. Haase nach langem Leiden gestorben. Christian Haase war bis zu seinem Tode Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins in Kiel, wenn er sich auch jahrelang nicht mehr an den Parteiarbeiten beteiligt hat. Aber Genosse Haase war einer von der alten Garde, die in schwerer drangvoller Zeit, in der Zeit des Sozialistengesetzes, unentwegt und unelgänglich, trotz aller Gefahr, das Banner der Partei hochhielten. Von Beruf Tischler, war er auch in der ersten Zeit seiner Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung eifrig tätig, damals, als die Gewerkschaften sich eben erst wieder be-gannen zu erholen von dem Schlag, den ihnen das Sozialistengesetz versetzt hatte. Er war eifriges Mitglied der damals gemeinschaftlich nur noch lokalen Organisation des Fachvereins der Tischler in Gaarden. Später wurde die Arbeitskraft des Genossen Haase fast ausschließlich von der Partei in Anspruch genommen. Haase war der Kieler Kolporteur der wöchentlich einmal erscheinenden „Nordwacht“ und der dreimal wöchentlich erscheinenden „Norddeutschen Volks-Zeitung“; der beiden Vorgängerinnen der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“. Für Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Tageszeitung in Kiel hat Genosse Christian Haase eifrig gewirkt. Er wurde denn auch als Handelsgesellschafter des Geschäfts erwähnt, das nach seinem Namen noch heute die Firma Chr. Haase u. Co. trägt. Jahrelang hat Genosse Haase als Handelsgesellschafter die engsten Beziehungen mit dem Geschäft und der Zeitung gehabt. Wirtschaftliche Gründe waren es wohl, die ihn zwangen, aus der Handelsgesellschaft auszutreten und die ihn auch veranlaßten, sich vom öffentlichen politischen Leben zurück-zuziehen. In den letzten Jahren trübte sich zusehends sein Geisteszustand, der schließlich seine Überführung in die Irren-anstalt in Schleswig nötig machte. Am Sonnabend ist der früher so aufrechte Kämpfer für die Befreiung des Proletariats in geistiger Unmachtung gestorben. Ehre seinem Andenken!

Neumünster. Töblicher Unglücksfall. Der 30jährige verheiratete Dachdeckermeister Maennchen stürzte von einem Neubau ab; er war sofort tot.

Oldenburg. Ein Kind von einem Wilderer erschossen. Ein zwölfjähriges Mädchen, das am Sonnabend abend bei Gruppenübungen in der Dunkelheit durch das Gehölz ging, wurde von einem Wilderer für ein Reh gehalten. Der Wilderer legte an und traf das Kind in den Leib. Das Mädchen wurde nach Oldenburg gebracht, wo es seinen Verletzungen erliegen ist. Der Täter wurde verhaftet.

Standesamtliche Nachrichten vom 4. Dezember bis 10. Dezember 1910.

- Sgebürten.**
- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
29. November. Tischler A. G. C. Th. G. Kutscher W. H. Evers. 30. Fischer J. H. B. Voller. Kutscher D. G. F. Guler. Arbeiter J. Chr. D. Schütt. Zimmermann J. W. J. Schulz.
1. Dezember. Arbeiter J. W. G. Schmidt. 2. Lagermeister G. J. H. Segnis. Schlosser K. A. Richter. Kaufmann G. J. Maasböl. 3. Schlosser A. F. G. Flemmig. 4. Arbeiter A. J. H. L. Langhoff. Arbeiter L. H. W. Lange. Kaufmann G. Friede. 5. Drogist A. C. G. Kehme. Buchdruckerbesitzer G. F. J. Sahlmann. Arbeiter G. J. H. Suhl. 6. Milchhändler A. Alexandrowitz. Maler J. G. J. Höpman. Arbeiter W. C. D. Chr. Pfensig. 7. Tischler A. Goldmann. Arbeiter J. H. A. Lemig. 8. Arbeiter W. J. J. Schütt. Maschinentechniker J. B. Christiansen. Prokurist J. H. A. Pingel.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
29. November. Kutscher J. W. H. F. Koop. 30. Schmied D. F. Bender. Schneider K. G. Chr. Brinder. Kranführer K. P. A. W. Potenberg. Arbeiter J. C. G. Wendland.
1. Dezember. Zimmermann J. Chr. G. Eggers. Arbeiter K. J. F. Schoof. Tapezierer J. W. H. Riedert. Hausdiener G. E. Memer. Arbeiter J. Brozeit (Kl. Grünau). 2. Schneider J. J. Schmidt. Uhrmacher K. A. G. Wientke. 3. Mechaniker A. H. Sprengel. 4. Landrichter Dr. jur. W. R. G. H. Biber. 5. Arbeiter K. F. W. Gottschling. Maler G. J. F. Ott. 6. Schlosser G. L. W. Heilmann. Versicherungsbeamter B. Chr. J. Dreger. 7. Schneider J. G. W. Burmeister. 8. Maschinenbauer G. F. A. W. J. Engels. 9. Arbeiter G. J. H. Derlien.

- Angeordnete Aufgebote.**
5. Dezember. Koch A. Rebe in Hamburg und J. M. D. G. Wenzlow. 5. Kaufmann G. Ulrich in Albersburg und J. M. G. Haß. Postbote J. W. M. Möller und A. G. M. Mitzton, beide in Hamburg. Fleischer R. W. F. Janzen und A. F. Schwan, beide in Boosßen. Brauer G. J. Wiosna und W. M. Johannsen, beide in Kiel. 7. Kellermeister G. R. A. Paulsen und D. B. Wendke in Kiel. Maschinist K. C. Schellhase und L. A. D. Gatermann. Kupfer-schmied K. Robiack und G. L. Westphal. Architekt R. B. G. Siebenhaar in Glesch und G. A. M. Niemann. Restaurateur G. A. H. Mau und M. G. E. Diederich in Lübeck. 8. Bahnhofsarbeiter J. W. G. Böhlis und G. M. L. W. Meyncke. 9. Kaufmann J. A. Meyer und A. L. G. D. Meyer in Wemiggen. Arbeiter A. Yamada und St. Stomron. Bohrer K. J. G. A. Göde gen. Hamilt und M. D. G. Kuhlmann. Arbeiter G. J. G. Witthohn und J. M. G. D. Beguhl. Arbeiter J. F. Th. Meyer und die geschied. G. Weterlen geb. Friedrichs. 10. Arbeiter W. J. G. Niemann und M. D. M. M. Dunkelmann in Gabelsch. Angestellter der Straßenbahn G. Chr. W. Rüd und M. Friedl, beide in Hamburg. Kaiserl. Vorkontrollant G. F. A. Schöllmann in Leipzig und K. H. Köthe in Leipzig. Ingenieur R. J. Frohn in Langerwehe und K. Fels in Gadenheim.
- Eheschließungen.**
6. Dezember. Seemannsliste G. A. G. Stamp und E. M. J. Chr. Klempau. Arbeiter G. G. L. Lau und M. Kofski. 8. Maler G. F. D. Wob und A. Salac. Bäcker

G. R. Bärner und G. H. Bader. 9. Tischler J. G. A. Melcher und M. H. A. Groth. 10. Schlichter G. C. G. J. Müller und J. A. Bars. Bureaubeamter G. H. Schran und Chr. W. L. Stapelfeld. Fuhrmann J. H. F. Koop und G. E. H. D. Wilde. Bildhauer J. G. Gehrmann und G. L. J. Graefe. Kutscher W. J. F. Wientke und L. G. R. Korf in Selmshorf. Arbeiter L. W. Steinbock und A. G. M. Wulf. Uhrmacher G. A. Stevert und D. A. F. Lawrenz in Plön.

Sterbefälle.

8. Dezember. A. M. D. G. geb. Scheding, Witwe des Postkutschers J. C. H. Schulz, 75 J. Kaufmann G. W. E. Kuhlmann, 88 J. 4. D. A. F. geb. Wos, Witwe des Arbeiters J. P. Degen, 75 J. G. W. H. Kasper, 2 M. A. H. D. Ahlund, 4 M. M. W. Holt, 5 M. B. Szayrba, 1 M. 5. Ein Knabe, 1/2 Stunde, B.: Arbeiter L. J. F. L. Langhoff. 2 M. D. Lerner, 88 J. (Wulfshof). A. J. G. Buch, 2 M. Arbeiter G. B. W. Könnpage, 81 J. Arbeiter J. F. Kiedtke, 86 J. L. G. F. Kirtop, 1 M. 6. G. geb. Schürhoff, Witwe des General-Direktors G. Vertram, 67 J. (Siegen 1. W.). G. A. D. geb. Möller, Ehefrau des Arbeiters J. G. L. Ohmsen, 60 J. Witwe G. A. L. Seute geb. Pfeiffer geschiedene Kelmets, 62 J. 7. A. J. J. Kücken-meyer, 1 J. Ein togeb. Knabe, B.: Schumann J. D. Wilkahn. B. M. geb. Möller, Witwe des Arbeiters W. Meyer, 88 J. G. J. M. geb. Evers, Witwe des Brauereispektors G. H. G. Müller, 74 J. M. C. D. geb. Köhbe, Ehefrau des Eisenbahn-Assistenten G. A. M. Schutnecht, 78 J. 8. G. F. Plath, 3 M. A. R. A. L. Wollm, 23 J. Ein togeb. Knabe, B.: Maschinist G. F. A. W. J. Engels, M. F. D. geb. Jäger, Witwe des Arbeiters G. H. D. Kraupe, 76 J. 9. Privatmann G. C. Studemund, 76 J. A. C. L. Bodt, 78 J. Handelsmann S. A. Guno, 57 J. Privatmann L. J. Grube, 69 J. 10. F. M. M. Gölth, 5 J. A. C. D. Reimers, 78 J. S. G. D. geb. Howe, Ehefrau des Maschinisten J. A. M. Schiering, 52 J.

Aus Nah und Fern.

Noch ein Opfer der Moabiterei! Der Zimmermann Meibel, der sich demnach wegen Teilnahme an den Moabiter Kramallen wegen Landfriedensbruchs vor dem Schwurgericht zu verantworten hatte, hat in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht. Die lange Untersuchungshaft scheint den Mann zur Verzweiflung gebracht zu haben.

In der Grube verunglückt. Aus Langendree wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag benutzten auf der Zeche Bruchstraße fünf Bergleute verbotswidrig in einem Brems-schacht die Seilschacht; hierbei stürzten alle fünf ab. Drei waren der Dortmunder Zeitung zufolge sofort tot, einer starb nach der Entlieferung ins Krankenhaus, und der fünfte wurde schwer verletzt.

Zu Tode gepeitscht. Der seit mehreren Jahren in Sibirien in Zwangsarbeit befindliche Mörder des Ministers des Innern Plehwe, Sasonow, ist laut einer Drabimelung seines Bruders auf Befehl des neu ernannten Chefs der politischen Verbrechen im Gefängnis von Gornoe Sarantujko zu Tode gepeitscht worden. Infolge der furchtbaren Mißhandlungen wurden den dortigen politischen Gefangenen sehr viele Selbstmorde begangen. Wann endlich wird mit den Bestien in Menschengestalt, die als Vorgefetzte der Gefangenen in Frage kommen, aufgeräumt werden?

Schweres Automobilunglück. In der vornehmen Regentstreet zu London ereignete sich ein aufsehender Vorfall. Bei dem Bemühen, einem Privatautomobil auszuweichen, fuhr ein Automobil-Omnibus mit voller Gewalt auf den Bürgersteig in die Fußgänger hinein, verlegte drei Personen tödlich und zerschmetterte dann zwei große Schaufenster, eines in einem größeren Juwelierladen, wobei die im Fenster liegenden Wertgegenstände zertrümmert wurden, und eines in einem Herrenmoderobengeschäft. Die drei Verletzten wurden in das Charing-Cross-Hospital gebracht, wo zwei bald nach ihrer Entlieferung starben. Die eine war eine Dame von 44 Jahren, die furchtbare Verletzungen am Kopf und an den Gliedern erlitten hatte, die andere eine junge Dame, die mit ihrem Verlobten vor dem Juwelierladen stand, um einen Verlobungsring auszusuchen. Der Automobil-Omnibus fuhr dem Paar direkt in den Rücken. Der Bräutigam liegt sehr schwer verletzt in dem Hospital darnieder.

Überschwemmungen in Oberitalien. Wie aus Rom gemeldet wird, sind infolge mehrtägiger heftiger Regengüsse zahlreiche Ortshäuser in Venezien, der Lombardie und in Ligurien überschwemmt. In der Provinz Boreo Maurizio sind fast sämtliche Eisenbahnverbindungen unterbrochen. Der Gießbach Argentina östlich von San Remo hat in den Olivenhainen und Obstgärten große Verheerungen angerichtet. Bei dem Einsturz eines Hauses wurden zwei Personen getötet. Bei Balanzo entgleiste ein Personenzug infolge eines Erdrusses in der Nähe der Station. Eine Privatmeldung aus San Remo übermittelt noch folgende Einzelheiten: Wolfenbruchartige Regen haben ein so starkes Anschwellen der Bergbäche, die die Riviera durchströmen, herbeigeführt, wie es seit Menschenedenken nicht vorgekommen ist. Die Katastrophe ereignete sich während der Nacht. Der Bach Saint Francois schwellte rapid an, wählte in seinem Bett riesige Felsblöcke gegen die Wohnhäuser und beschädigte viele schwer. Die Einwohner konnten nur durch schnelle Flucht ihr Leben retten. In anderen Ortshäusern ist die Situation gleichfalls sehr kritisch. In Vallecrosa in der Nähe von Bordighera verursachte der Fluß Nerva aus und überschwemmte mehrheitlich die Flussebene. Die in ihren Wohnungen eingeschlossenen Bewohner konnten man nur mit Booten retten. Bei Ventimiglia durchbrach der Rojabad den Damm, und die reichenden Gewässer beschädigten viele Häuser. Nach einer weiteren Meldung aus München konnte der Sonnabendabend von Cannes abgegangene Süd-Nord-Expreszug zwischen Genua und Mailand seine Fahrt nicht fortsetzen wegen der durch den Ho verursachten großen Überschwemmungen. Die österröische Südbahn hat von der Grenzstation Ala bis zur bayrischen Grenze nach Ruffstein einen Sonderzug geführt, aus dem die Reisenden von einem bayrischen Expreszug abgeholt wurden.

Bei dem Einsturz eines Gerüsts in London auf dem 12 Arbeiter zur Ausbesserung des im Trockendock befindlichen Linienschiffes „Suffren“ arbeiteten, wurde ein Arbeiter getötet, drei wurden schwer und die übrigen leicht verletzt.

Verteilt.

M. 100. Die Adresse von M. ist: Radbruch 5. Witten a. L.

G. H. Gewitz können die von Ihnen angeführten Sachen nach hier verhandelt werden. Die Höhe des Zollschusses ist uns nicht bekannt; wenden Sie sich diesbezüglich an das Hauptzollamt Untertrave.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schütz für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: E. H. Schwaib, Druck: Friedr. Meyer in G. Sämtlich in Lübeck.

Juwelier Schwartz
Lübeck, obere Wahnstr. 13.

Brillanten, Uhren und Goldwaren, Silberwaren, Hochzeits- und Festgeschenke.
Spezialität: Schmuckringe.

Trauringe
In jeder Preislage, Größe, Fassung und Feingehalt. Günstige Kaufgelegenheit durch Ersparnis hoher Ladenmiete. Billigste Reparaturwerkstatt. Ohrhörer einstecken schmerzlos. Ankauf v. altem Gold u. Silber.

Damen-Frisieren in und außer dem Hause 40 u. 60 Bfg. **M. Prahl**, Westhofstr. 8.

Künstliche Zähne
a. Bahn von 2 Mt. an. Breitestr. 44, II. **Elise Duffer**.

Als Zeitgeschenk empfehle **Solinger Stahlwaren**

sowie meine Holz- und Bürstenwaren.
Friedr. Wichmann, 46 Süßstraße 46.

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt **J. H. Stooß, Engelsgrube.**

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer u. im Lagerhaus und Expeditions-Geschäft **Fischerberg, 52.**

Zahle die höchsten Preise für Hausstandsgegenstände, Eisen, Metalle und Zeitungen. Postkarte genügt. Fernruf 2430. **Waisenhoftstr. 25.**

Brotbacker
Iste und in Packung Pfund 50 Bfg. empfiehlt **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

Zum Backen!
Echt Lauschen Kuchensirup
Prima Weizenmehl
Mandeln, Sukkade
Orangeat, Hirschhornsalz
ger. Pottasche, Rosenwasser
Zitronen, sämtl. Gewürze
in prima Qualität empfiehlt
J. Runge, Drogerie
Moislinger Allee 6a.

Zur Kuchenbäckerei empfiehlt
pa. Weizenmehl,
Lauschen Kuchensirup,
sowie sämtliche Gewürze.
C. Stooss,
Arminstraße 10c.

Präparierte Rinderdärme
Gerstgrütze, Malzgrütze,
sowie künstliche Gewürze für die Hauswirtschaft empfiehlt in nur besten Qualitäten zu niedrigsten Preisen ca. gross & ca. detail
Ludw. Hartwig
Obertrave 8.

Bis Weihnachten
erhält jeder Kunde bei einem Einkauf von 3.— Mark an einen eleganten **Zimmerschmuck gratis.**

Außerdem gewähren wir beim Einkauf von Damen-, Herren- u. Kinder-Schuhen u. Stiefeln **4% Rabatt 4%**

Wir empfehlen während des Monats Dezember besonders zu **Festgeschenken** passend, unsere bekannt guten und billigen **Schuhwaren.**

Spezialität:
Goodyear-Welt-Stiefel
in den Preislagen
10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰
Schuhwaren-Verkaufshaus
J. W. Meyer
95 Breitestraße 95.



Warnung u. Aufklärung!

Die Margarinemarke „Backa“, durch deren Genuss in Hamburg-Altona Erkrankungen vorgekommen sind, stammt von der Firma Altonaer Margarine-Werke Mohr & Co., G. m. b. H., Altona-Ottensen, die ihre Ware in 9-Pfd.-Postpaketen direkt an Private liefert. In Ladengeschäften wird diese nicht geführt und unterliegt deshalb auch nicht der fachmännischen Kontrolle des Händlers. —

Wer absolute Gewähr für aus fadellosem Rohmaterial hergestellte, in jeder Beziehung einwandfreie und bekömmliche Ware haben will, verlange nur unsere als erstklassig bekannten, nur in Geschäften erhältlichen Spezial-Margarinemarken

Mohra Palmato Siegerin

die besten Erzeugnisse der Margarine-Industrie.

Alleinige Fabrikanten:
A. L. MOHR
G. m. b. H.
ALTONA-BAHRENFELD.

Nicht zu verwechseln mit den oben erwähnten, ähnlich firmierenden Lieferanten der Marken „Backa“ und „Louise“.

Arbeiter von Schwartz,
Reinsefeld und Umgegend,
kauft eure Spielwaren etc. bei:
Louis Rathmann, Schwartz,
Guliner Straße 21.
Größte Auswahl am Platze. Billige Preise. Post-Weihnachtsgeschenke in Glas, Porzellan, Eisenzeug und Hausstandswaren.
Louis Rathmann, Schwartz.

C. Fülkell
Meiersstraße 18a.
Empfehlen sich zu sämtlichen in der Dachdeckerbranche vorkommenden Arbeiten zu annehmbaren Preisen. Für gute und reelle Arbeit werden wir stets Sorge tragen.

H. Schwerdtfeger
Lübeck. Prießstraße 4.
Bedachungsgeschäft.
Empfehlen sich zu sämtlichen in der Dachdeckerbranche vorkommenden Arbeiten zu annehmbaren Preisen. Für gute und reelle Arbeit werden wir stets Sorge tragen.

Ia. Wal- und Haselnüsse, Traubrosinen, Feigen, Datteln, Krachmandeln, Tannenbaum - Schmuck
Baumlöcher, Lichthalter, Lametta, Bistau, Eau de Cologne.
Kartonnagen mit Seife und Parfüm empfiehlt die Drogerie
J. Runge, Moislinger Allee 6a.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
G. G. m. b. H.

Mitglieder-Versammlung
für die Warenabgabestelle in **Moisling**
Donnerstag, 15. Dez.
abends 8 1/2 Uhr,
bei Gastwirt **Henkel, Gasthaus Travestrand.**
Tages-Ordnung:
1. Entgegennahme des Jahresberichts und des Berichts des Mitgliederausschusses.
2. Genossenschaftliches. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
findet nicht Mittwoch statt, sondern **Sonntabend, 17. d. M.,**
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Wahl von Bezirksassessoren.
3. Antrag der Vertrauensleute betr. Verlegung der Versammlungsabende.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 14. Dezbr. 1910
abends 8 Uhr,
in der **Stadthalle:**
11. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solist:
Herr **Julius Gerber** (Klarinette).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Traumpantomime aus „Hänsel und Gretel“ **E. Humperdinck.**
Verwandlungsmusik aus „Parsifal“ **R. Wagner.**
Serenade für Harle **W. Kienzl.**
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 13. Dezember. 7 1/2 Uhr.
Boll-Abonn. 77. Dienstag-Ab. 13.
Gewöhnliche Opernpreise.
Gastspiel d. Kgl. Hofopernjüngers **Karl Erb** vom Hoftheater in Stuttgart

Tannhäuser.
Große Oper von Wagner.
Venus Frau Pfeiffer-Nikmann a. G.
Mittwoch, 14. Dezbr. Abds. 8 Uhr.
Ermäßigte Mittwochs-Preise!
1. Parkett Mt. 1.60; 2. Parkett Mt. 1.30; Sitzpart. 1 Mt. u. 80 Pf.
Lumpaci vagabundus
ober: Das liederliche Kleeblatt.
Große Gesangsprobe von Nestroy.
Donnerstag, 15. Dezember. 7 1/2 Uhr.
Gewöhnliche Opernpreise!
Vorzügliches Gastspiel des Kgl. Hofopernjüngers **Karl Erb** vom Hoftheater in Stuttgart.

Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Jacques Offenbach.
In Vorbereitung! Neu!
Dornröschen.
Weihnachtsmärchen von O. Bill mit großen Ballett-Einlagen.

Stadthallen-theater.
Donnerstag, 15. Dezbr. 8 Uhr.
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel von Genri Spien.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roß, Rohmarkt 13.